

## Rüdiger Hachtmann

Berliner Juden und die Revolution von 1848

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.860>

Reprint von:

Rüdiger Hachtmann, Berliner Juden und die Revolution von 1848,  
in: Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien, herausgegeben von  
Reinhard Rürup, Hentrich Berlin, 1995, S. 53-84

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <[redaktion@zeitgeschichte-digital.de](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)>

Zitationshinweis:

Rüdiger Hachtmann (1995), Berliner Juden und die Revolution von 1848, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,  
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.860>

Ursprünglich erschienen als Rüdiger Hachtmann, Berliner Juden und die Revolution von 1848, in: Jüdische Geschichte in Berlin. Essays und Studien, herausgegeben von Reinhard Rürup, Hentrich Berlin, 1995, S. 53-84

## Berliner Juden und die Revolution von 1848

Rüdiger Hachtmann

»Der Absolutismus, von allen Seiten eingeengt, wird endlich zertreten, und hinter ihm das Priestertum«, prophezeite Leopold Zunz, der Begründer der Wissenschaft des Judentums und in den Jahren 1848 bis 1850 außerdem überaus engagiert in der demokratischen Bewegung Berlins, nach dem Eintreffen der ersten Nachrichten über die italienische Revolution. Als in der preußischen Hauptstadt bekannt wurde, daß der französische »Bürgerkönig« Louis Philippe gestürzt und in Paris die Republik ausgerufen worden war, jubelte Zunz geradezu: »Allen Tyrannen wird vergolten werden, wenn ihr Maß voll ist.«<sup>1</sup>

Viele Juden in Berlin und andernorts fühlten ähnlich; nicht wenige äußerten sich genauso erleichtert und mitunter überschwenglich wie Zunz. Der ausführlich dokumentierte Briefwechsel zwischen der Pragerin Auguste Auerbach und ihrem in der preußischen Hauptstadt lebenden Verlobten, dem Lehrer und Schriftsteller Moritz Steinschneider, kann stellvertretend genommen werden für die Hoffnungen, die vermutlich sehr viele Juden hegten, als in den ersten Monaten des Jahres 1848 die Revolution ihren Siegeszug durch Europa antrat.<sup>2</sup> Die Pariser Februarrevolution und die Aufnahme zweier französischer Juden in die neue provisorische Regierung begrüßte Auguste Auerbach als »vorurteilsfreie Probe der Fraternité [und ein] erquickliches Zeichen des erleuchteten Menschengestes«. Ihr bebe das »Herz im freudigen Hinblick auf die nächsten Zeiten«. Ähnlich enthusiastisch äußerte sie sich über die Wiener Märzrevolution: Wer am Morgen des 15. März erwacht sei, »über den war keine Nacht, sondern ein Jahrhundert dahingegangen!« Der Verlobte, Moritz Steinschneider, teilte diese Gefühle aus vollem Herzen und artikulierte die Hoffnungen, die er für die Juden in Preußen und Deutschland damit verband. Steinschneider hatte selbst an den Berliner Barrikadenkämpfen vom 18. März teilgenommen (»Steine gewälzt«) und beobachtet: »Von »Jud« oder »Christ« ist gottlob nicht mehr die Rede.« Daraus glaubte Steinschneider – noch ganz unter dem Eindruck der Berliner Märzrevolution und der Vorbereitungen für die Begräbnisfeierlichkeiten der Märzgefallenen – den Schluß ziehen zu können: »In vier Wochen müssen Preußens Juden emancipiert sein, denn das Volk emancipiert sie bereits.«

Mit der Berliner Märzrevolution schien die Judenemanzipation quasi automatisch und endgültig vollzogen – jedenfalls in Preußen; die Bevölkerung Preußens habe (wie Steinschneider formulierte) einen »gewaltigen Culturfortschritt« gemacht. Um die weiterhin rückständige, emanzipationsfeindliche Haltung der Bevölkerung anderer Regionen Mitteleuropas herauszustreichen, wählte Auguste Auerbach nicht zufällig den Vergleich mit Preußen: »In Böhmen müssen wenigstens zwei Generationen vergehen, bevor die Leute auf preußischem Standpunkte stehen.« Ähnlich hoffnungsfroh und überschwenglich äußerten sich auch andere, weniger be-

kannte Juden. Einem Joseph Alexander Franklinsky beispielsweise galt der 18. März als ein »Freudentag für die Israeliten«, als »ein Tag von [sic!] Befreiung der Unterdrückten, der nie vergessen werden wird«. In seinem, mit »Dank Euch braven Bürgern!« überschriebenen Leserbrief, den die Vossische Zeitung am 27. März veröffentlichte, erklärte er, die Märzrevolution sei »für ganz Deutschland und selbst Europa [wie] ein Wunder« gewesen, nach »so vielen Jahrhunderten, in welchen diese Nation [die Juden] in Unterdrückung lebte«.

Die Ansicht, daß mit der Berliner Märzrevolution die Judenemanzipation zwar noch nicht formell, aber doch faktisch zum Abschluß gekommen sei und namentlich das »Volk« der Preußenmetropole den Emanzipationsbestrebungen gegenüber besonders aufgeschlossen sei, wurde innerhalb der jüdischen Bevölkerung Berlins offenbar weitgehend geteilt. Besonders deutlich wird dies in einer »wahrhaft begeisterten und begeisternden Rede«, die der Rabbiner Michael Sachs<sup>3</sup> während einer Trauerfeier hielt, mit der die Jüdische Gemeinde Berlins am 26. März aller »gefallenen Freiheitskämpfer« gedachte. Zugleich spricht Sachs an, welche Konzessionen die Juden ihrerseits als »Dank« für die nun erreichte Gleichstellung seiner Ansicht nach zu machen hätten. Zunächst beschrieb Sachs in »blüthevoller Sprache« (so ist der Zeitschrift »Der Publicist« vom 29. März zu entnehmen) »die hohe Selbstverleugnung der für die Freiheit Verbluteten, die Nichtigkeit des menschlichen Geschlechts« und – in Anspielung auf die Märzrevolution, die unter die jahrhundertelangen Diskriminierungen scheinbar einen Schlußstrich gezogen habe – »die Allmacht Gottes, die in kurzen Minuten ganze Völker neu geboren [...]. Wie es uns früher geziemte, so fuhr der Redner in Beziehung auf Israel fort, uns zu erheben für unser Recht, hervorzutreten, wenn es unsere entzogene Freiheit galt – so geziemt es uns jetzt, nachdem ein Band der gleichen Rechte, der gleichen Liebe alle Confessionen umschließt, bescheidenlich zurückzutreten, und nicht durch vorlautes, selbstsüchtiges Streben gar wieder Zwiespalt zu spinnen und die Werke der Freiheit zu hemmen. Wirke jeder in seinem Kreise, als ein lebendiges Glied der großen Kette; er kann und muß es jetzt. Der Herr [...] erneuert das Antlitz der Erde [...]; nur erneuern will es die Gottheit, nicht zertrümmern und zerschmettern durch Uneinigkeit und Zwiespalt, darum lasset uns in Frieden und Einigkeit dem theuren Vaterlande, mit Dankbarkeit und Segnungen dessen erhobenen Führer [Friedrich Wilhelm IV.] anschließen, und uns so der erworbenen Freiheit würdig finden.«

Deutlicher ließ sich kaum zum Ausdruck bringen, daß »Jude-Sein« nunmehr in erster Linie die Konfessionszugehörigkeit meinen solle, man ansonsten als »Deutscher« fühlen, handeln und sich der nationalen Einigungsbewegung ohne Vorbehalte anschließen wolle. Die »herrliche Rede« habe sich den Anwesenden (heißt es im »Publicisten« weiter) »tief, mit mächtigen Flammenzügen in das Herz geschnitten«. Sachs habe ausgesprochen, was die dicht »gedrängte Masse« dachte, die sich in der »von zahllosen Lichtern fast magisch erleuchteten Synagoge« zusammengefunden hatte.<sup>4</sup> Der Berichterstatter des »Publicisten« mag mit seiner pathetischen Formulierung übertrieben haben; im Kern hatte er jedoch recht. Worte des Widerspruchs wurden nicht laut – auch nicht gegen Sachs' Mahnung, sich mit weitergehender Kritik an der Monarchie zurückzuhalten, jetzt (am 26. März), nachdem der preußische König kurz zuvor (am 21. März 1848)

versprochen hatte, er wolle sich an die Spitze Deutschlands stellen und Preußen würde fortan in Deutschland aufgehen. Bereits in seiner kurzen Rede vor den Särgen der Märzgefallenen am 22. März hatte Sachs anklingen lassen, daß die Berliner Juden nun »deutsch« denken und fühlen müßten und einem allen gemeinsamen, deutschen »Vaterland« verpflichtet seien. Die Barrikadenkämpfer seien, so betonte er, mit »der Gluth der Begeisterung« für die »Macht einer Idee« gestorben, »die alle Dämme und Scheidewände niederriß, welche sonst den Menschen von sich selbst, den Menschen vom Menschen scheiden«. <sup>5</sup> Unter dem Eindruck des »Weltereignisses« vom 18./19. März und im Überschwang der Gefühle hoffte die nichtjüdische wie die jüdische Bevölkerung Berlins, die politische Eintracht der ersten Tage nach der Märzrevolution erhalten zu können. Politische Meinungsverschiedenheiten und Parteilungen traten unter ihnen wie innerhalb der Gesamtbevölkerung erst seit April offener zutage, nachdem allmählich klar wurde, daß der Monarch und seine Berater die Versprechungen vom 19. und 21. März nur unter Druck gemacht hatten und die »Märzerrungenschaften« wieder zurückzunehmen gedachten, sobald die politische Lage dies erlaubte.

Bevor ich auf die Rolle und das Selbstverständnis der politisch *aktiven* Berliner Juden und die Frage eingehe, welche Stellung die *nichtjüdische* Bevölkerung ihren jüdischen Mitbürgern und der »Judenfrage« gegenüber einnahm, sollen die sozialökonomische Stellung der Berliner Juden während der vierziger Jahre sowie die politisch-rechtlichen Restriktionen skizziert werden, unter denen preußische Juden während des Vormärz zu leiden hatten. Danach läßt sich leichter nachvollziehen, warum den Juden in der preußischen Hauptstadt und andernorts nach den europäischen Februar- und Märzrevolutionen gleichsam eine Zentnerlast von der Seele fiel.

### Soziale Struktur und gesellschaftliche Integration der Berliner Juden bis zur Märzrevolution

1846 lag die Zahl der Berliner, die sich zum jüdischen Glauben bekannten, bei 8243, drei Jahre später bei 9594; das entsprach 2,1% bzw. 2,3% der Gesamtbevölkerung. <sup>6</sup> Prozentual waren das weit weniger als etwa in Frankfurt am Main, Breslau und Hamburg. <sup>7</sup> Von der Statistik nicht erlaßt wurde die Zahl der Juden, die zum Christentum übergetreten waren. Sie werden, obgleich das nicht unproblematisch ist, in die folgende Darstellung einbezogen. <sup>8</sup> Die Zahl der getauften Juden war in der preußischen Metropole anscheinend deutlich größer als anderswo: 1820–1825 wurden in der preußischen Hauptstadt 286 Juden getauft, 1830–1836 sogar 326; 1845 und 1847 dagegen nurmehr acht bzw. sieben. In ganz Preußen traten zwischen 1812 und 1846 insgesamt 3770 Juden zum Protestantismus über, davon vermutlich etwa ein Drittel in Berlin. <sup>9</sup> Die Nähe zum Hof wie zu den preußischen Ministerien erzeugte offenbar einen starken Assimilierungsdruck. Wahrscheinlich wechselten viele Berliner Juden die Religionszugehörigkeit ohne innere Überzeugung. <sup>10</sup> Tabelle 1 im Anhang soll einen Eindruck von der Sozialstruktur der Berliner Juden geben. Aus verschiedenen Gründen kann sie zwar nur grobe Anhaltspunkte liefern. <sup>11</sup> Immerhin lassen sich

aus den Zahlen Trends ablesen, deren Gültigkeit durch weitere Indizien und Hinweise gestützt wird. Namentlich unter den Berliner Bankiers, Kaufleuten und Textilunternehmern spielten Juden eine herausragende Rolle. 1848/49 gehörte etwa die Hälfte aller (größeren) Unternehmer der jüdischen Minderheit an. Auch nahmen Juden z. B. als Begründer des öffentlichen Nahverkehrswesens in Berlin eine Pionierfunktion ein. Bemerkenswert ist überdies, daß sich unter den größeren und prominenten Verlegern, Druckereibesitzern und Buchhändlern nicht wenige Juden befanden.<sup>12</sup> Ein im Vergleich zur Berliner Gesamtbevölkerung hoher Prozentsatz der Berliner Juden zählte außerdem zur Gruppe der ›Rentiers und Pensionäre‹ sowie zu den ›freien‹, bürgerlichen Berufen. Die meisten Berliner Juden, die der Gruppe ›freie Berufe‹ und ›öffentlicher Dienst‹ (wo es gar keine Juden gab) zuzuordnen sind (und 1848 namentlich hervortraten), gehörten dem Ärztestand (akademisch ausgebildeten Ärzten und Ersten Wundärzten) an oder waren Schriftsteller, Journalisten etc. Jüdische Rechtsanwälte fehlten ganz; sie wurden 1851 vorübergehend und endgültig erst ab 1858 zugelassen. Erst seit 1870 wurden jüdische Juristen in preußische Richterämter berufen.<sup>13</sup> Auch das zahlenmäßige Gewicht jüdischer Lehrer dürfte nicht groß gewesen sein: Bis Ende Mai 1848 durften Juden, von bestimmten Ausnahmen abgesehen, nur an jüdischen, nicht jedoch an sonstigen Schulen unterrichten. Eine relativ große Zahl von Juden hatte sich dagegen bis zur Jahrhundertmitte als selbständige Handwerker niedergelassen. Der Anteil der ›unterstützten Armen‹ unter den Berliner Juden<sup>14</sup> schließlich lag nur knapp unter dem entsprechenden Prozentwert, den die amtliche Statistik für die Berliner Gesamtbevölkerung errechnete.

Eines geht aus den von mir zusammengestellten Angaben nicht hervor: Nur relativ wenige Juden gehörten den sozialen *Unterschichten* an. In den Zahlen über die Sozialstruktur der Berliner Juden, auf denen Tabelle 1 basiert, wird leider nicht nach Selbständigen und lohnabhängig Beschäftigten differenziert. Der Blick auf eine Teilgruppe hilft hier weiter: Legt man die Angaben der Berliner Judenbürgerbücher für den Zeitraum 1809 bis 1853 zugrunde, war nur etwa jeder zehnte Berliner Jude ›proletarisch‹. In dieser Hinsicht bestand der stärkste Kontrast zur nichtjüdischen Bevölkerung: Während vier von fünf Berlinern um 1848 zu den unteren Sozialschichten und lediglich 18% der Gesamtbevölkerung der preußischen Hauptstadt zu den gehobenen Bevölkerungsschichten zählten, gehörten zur Revolutionszeit umgekehrt etwa neunzig Prozent der Berliner Juden dem *Bürgertum* oder dem *kleinbürgerlichen Mittelstand* an.

Bis 1848 war in Berlin, das hier freilich eine Sonderstellung einnahm, die soziale Integration der Juden weitgehend vollzogen. Ein signifikanter Ausdruck dieser Entwicklung war, daß in den dreißiger und vierziger Jahren mit Wilhelm Beer und Joseph Mendelssohn<sup>15</sup> zwei Juden zu den einflußreichsten Mitgliedern des Ältestenkollegiums der Korporation der Berliner Kaufmannschaft (KKB) gehörten. Die KKB, im März 1820 gegründet, vertrat die Interessen der (gehobenen) Berliner Kaufleute, Bankiers und industriellen Unternehmer gegenüber den staatlichen und kommunalen Behörden. Insbesondere die Spitze der KKB, das Ältestenkollegium, entwickelte sich während des Vormärz zu einem wirtschaftspolitisch höchst einflußreichen Organ.

Die bedeutende gesellschaftliche Stellung jüdischer Salonnières, während des Vormärz namentlich Rahel Varnhagen, Sara Levy und Amalie Beer, ist gleichfalls ein unüberschaubares Indiz dafür, daß in der preußischen Hauptstadt Juden beiderlei Geschlechts in den gehobenen Bevölkerungsschichten sozial wie kulturell als gleichberechtigt akzeptiert wurden. Die Salons – die »Hofhaltung« einer Dame<sup>16</sup> – waren Schauplatz zwangloser Geselligkeit von zumeist Adligen, Wirtschaftsbürgern und Intellektuellen; man unterhielt sich vornehmlich über Kunst, Literatur und Philosophie, 1848 in starkem Maße auch über Politik. So wie die Gesellschaften der jüdischen Salonnières von zahllosen nichtjüdischen Gelehrten, Politikern, Unternehmern etc. besucht wurden, frequentierten umgekehrt zahlreiche jüdische Bürger und Bürgerinnen die von nicht-jüdischen Damen der gehobenen Bevölkerungsschichten veranstalteten Gesellschaften; für Fanny Lewald beispielsweise, die selbst erst nach der Revolution einen Salon gründete, läßt sich der – häufige – Besuch von mindestens elf Salons nachweisen.

Von der Mehrheit ihrer nichtjüdischen Mitbürger wurden die Berliner Juden auch politisch als gleichberechtigt akzeptiert. Ablesen läßt sich dies an der vergleichsweise großen Zahl jüdischer Stadtverordneter: Daniel Alexander Benda gehörte seit 1842, Bernhard Samuel Berends seit 1844 und Moritz Veit seit 1846 dem städtischen Parlament Berlins an. Carl Heymann, Joel Wolff Meyer und Alexander Goldschmidt traten 1847 hinzu. Mit der Neuwahl Anfang Mai 1848 gelangte Julius Springer in die Stadtverordnetenversammlung.<sup>17</sup>

Nicht nur in weiten bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kreisen, auch im nichtjüdischen *Proletariat* Berlins spielten Juden bereits während des Vormärz eine herausragende Rolle. Das zeigt sich etwa an dem Einfluß Stefan Borns, der 1848 zur überragenden Persönlichkeit innerhalb der frühen Berliner Arbeiterbewegung werden sollte, und anderer Juden auf den 1844/45 gegründeten, sog. Hedemannschen Handwerkerverein, der mehrere tausend Gesellen als Mitglieder zählte<sup>18</sup> und damit überhaupt die größte, nicht-religiöse Vereinigung in Berlin in den letzten Jahren vor der Märzrevolution war. Born, der freilich schon vor 1840 zum Christentum übergetreten war, gehörte seit Frühjahr 1846 als stellvertretendes Mitglied der Generalversammlung des Vereins, einer Art erweitertem Vorstand, an. Der jüdische Arzt Eduard Abarbanell gehörte seit 1845/46 dem Lehrerkollegium und dem engeren Vorstand des Handwerkervereins an; Daniel Alexander Benda trat dort als Referent auf und warb für religiöse Toleranz.<sup>19</sup> Das – auch öffentliche – Eintreten für uneingeschränkte Religionsfreiheit war überhaupt ein hervorstechendes Merkmal dieses ersten frühen Berliner »Arbeiter«-Vereins.<sup>20</sup> Im Unterschied zu drei weiteren Gesellenvereinen, die von protestantischen Geistlichen gegründet worden waren bzw. das Christentum zur Voraussetzung der Mitgliedschaft gemacht hatten, wollte der »große Handwerkerverein« von Anbeginn »keine konfessionelle Farbe tragen, [...] sich auch Juden nicht verschließen [und] überhaupt nur rein menschliche Zwecke verfolgen, nicht durch religiöse Erregungen, sondern durch intellectuelle Mittel wirken.«<sup>21</sup> Vor allem dieses Selbstverständnis verschaffte dem Hedemannschen Handwerkerverein im Unterschied zu den anderen Vereinen in der Berliner Gesellen- und Arbeiter-schaft große Resonanz.

Als die Berliner Stadtverordneten Anfang Januar 1847 in einer Petition an den Vereinigten Landtag die »völlige Emancipation der Juden« forderten, wußten sie die Mehrheit der Berliner Bevölkerung hinter sich.<sup>22</sup> Zudem standen sie mit diesem Verlangen nicht allein. Deputationen anderer preußischer Städte und schließlich die Abgeordneten des Vereinigten Landtags, der am 11. April 1847 in der Hauptstadt Preußens eröffnet wurde, übten gleichfalls heftige Kritik an dem Entwurf des »Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Juden«, den die Krone vorgelegt hatte.<sup>23</sup> Letztlich verhallten die Einwände weitgehend ungehört. Zwar sah sich das Ministerium zu einigen Modifikationen genötigt. Zentrale, restriktive Elemente des Entwurfs behielten in der Endfassung, die am 23. Juli 1847 in Kraft trat, jedoch Gültigkeit: Den preußischen Juden blieb die Ausübung aller Staats- und Kommunalämter mit richterlichen, polizeilichen und sonstigen exekutiven Befugnissen weiterhin verwehrt. Ebenso wenig sollten sie (von wenigen Ausnahmen abgesehen) Lehrer an nichtjüdischen Schulen werden können. An den Universitäten durften sie nur Medizin, Naturwissenschaften, Mathematik, Geographie und Sprachen lehren, die Funktionen des Dekans, Rektors und Prorektors nicht ausüben. Nicht nur der königliche Entwurf, auch die Endfassung des Gesetzes blieb »mittelalterlicher Plunder« (Leopold Zunz). Der Abschluß der Emanzipation stand weiterhin aus. Vor allem deshalb begrüßten viele Juden die Berliner Märzrevolution mit großen Hoffnungen.

### Zur Beteiligung von Berliner Juden an der Märzrevolution

Einer Darstellung der Beteiligung von Berliner Juden an der revolutionären und demokratischen Bewegung während des Jahres 1848 drängt sich fast zwangsläufig zuerst die Frage nach ihrer Beteiligung an den Barrikadenkämpfen vom 18. und 19. März auf. Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten. Ein grundsätzliches methodisches Problem besteht zunächst darin, daß in den überlieferten Massenquellen über die Märzgefallenen, -verletzten und -gefangenen die Konfessionszugehörigkeit nicht verzeichnet ist. (Auch das kann als Indiz dafür gewertet werden, daß die soziale Integration der Berliner Juden bis 1848 weit fortgeschritten war.) Einige Hinweise erlauben indessen eine ungefähre Schätzung der Zahl der toten Märzkämpfer jüdischen Glaubens. Nach Angaben der Spenerschen Zeitung vom 22. und 27. März waren nachweisbar fünf Juden unter den Märzgefallenen. Meine Recherchen haben dies bestätigt.<sup>24</sup> Leopold Zunz behauptete Anfang April 1848, es seien »etwa acht [Juden] geblieben oder an ihren Wunden verstorben«, ohne allerdings Namen zu nennen.<sup>25</sup> Wahrscheinlich waren es noch mehr; denn zu den *nachweisbar* fünf jüdischen Märzgefallenen sind weitere »mehr oder weniger sicher als jüdisch identifizierbare Namen« (Toury) hinzuzuzählen.<sup>26</sup> Insgesamt dürften zehn bis sechzehn oder etwa vier bis fünf Prozent aller namentlich bekannten Märzgefallenen »mosaischen Glaubens« gewesen sein. Nach anderen, nicht belegten Angaben sollen sogar 21 Juden während der Barrikadenkämpfe vom 18. März ums Leben gekommen, weitere verletzt worden sein.<sup>27</sup>

Berliner Juden beteiligten sich zwar in überdurchschnittlichem Maße an den Barrikadenkämpfen. Daß jedoch ›die Juden‹ die Barrikadenkämpfe des 18. März planvoll, als heimliche Drahtzieher ausgelöst hätten, war indessen offensichtlich unsinnig. Obgleich sie hierfür ebenso wie für die Behauptung, Polen und Franzosen hätten die (nichtjüdischen) Berliner planvoll aufgehetzt, natürlich weder ernsthafte Indizien noch handfeste Beweise beibringen konnten, hielten namentlich hohe preußische Offiziere und engste Berater des Königs verbissen an der Legende fest, die Berliner Märzrevolution sei von jüdischen Verschwörern ausgelöst worden.

Der Generalleutnant v. Prittwitz, der am 18./19. März den Oberbefehl über die in Berlin stationierten Truppen hatte, schrieb in seinen Erinnerungen, daß unmittelbar vor Ausbruch der Barrikadenkämpfe »unter den Personen, die in den Schloßhöfen fortdauernd verkehrten und welche immer und immer das Ansinnen stellten, die Truppen zurückzuziehen, weil das Volk gegen diese und den Prinzen von Preußen [den späteren König und Kaiser Wilhelm I.] erregt sei, – die Sprecher fast alle den jüdischen Typus nicht zu verleugnen vermochten«. An anderer Stelle seines ›Erinnerungswerks‹ tischte Prittwitz seinen Lesern die Geschichte eines modernen Judas auf: Ein jüdischer Tabakladenbesitzer habe ›Arbeiter‹ »durch Verteilung von Geld, 20 Silbergroschen der Mann, reichlichen Lebensmitteln und Getränken, zum tätigen Widerstand« gegen das Militär »verleitet.«<sup>28</sup>

Andere Offiziere kolportierten diese Erzählungen, mitunter in den gleichen Formulierungen, und reicherten sie um weitere, ähnlich abstruse Geschichten an.<sup>29</sup> Ein Oberst Schulz beispielsweise behauptete, »unter den Gefangenen [...] viele Juden, einige Ausländer, ein[en] Franzos[en]« gesehen zu haben.<sup>30</sup> Wie tief judenfeindliche Vorurteilsstrukturen saßen, macht der Bericht des nichtjüdischen Berliner Hausdieners Johann Gottlieb Langsbach über seine Gefangennahme und die anschließende Behandlung durch das Militär deutlich: Am späten Abend des 18. März 1848 wurde er gemeinsam mit dem Handlungsdiener Ebbach von Soldaten »ergriffen und geschlagen. Unter Hieben und Stößen wurde ich zuerst fortgeschleppt. Die ganze [B]reite Straße war voll Soldaten, und jeder, an dem ich vorüberkam, schlug mit dem Kolben oder Säbel, bis auf den Schloßplatz. In der Nähe des großen Armleuchters sah ich eine Menge Offiziere stehen. An einen derselben, welcher, wie ich mich genau erinnere, starke Epauletts mit Raupen oder Nudeln hatte, wandte ich mich mit der Bitte, mich zu befreien, da ich ganz unschuldig sei. Er aber antwortete: ›Schlagt doch diesen verfluchten Juden gleich todt!« (obgleich ich versichern kann, ein guter Christ zu sein) [Hervorhebung von mir, R. H.], worauf die Soldaten furchtbar auf mich einhieben, namentlich die Uhlanen mit ihren Säbeln und Scheiden. Einer derselben stieß mich mit dem Säbelgefäß so in den Unterleib, daß mir dieser an der linken Seite fast wie ein Kinderkopf stark auflief.«<sup>31</sup>

Zwar befanden sich unter den namentlich bekannten, mehr als fünfhundert Gefangenen, die am Morgen des 19. März von Truppen in die Festung Spandau abgeführt wurden, lediglich vier bis fünf Juden.<sup>32</sup> Das störte den Obersten Schulz und andere Militärschriftsteller jedoch nicht. Ihnen reichte es (wie der geschilderte Vorfall zeigt), wenn jemand ›jüdisch‹ *aussah*; solche

Menschen konnten dann die ganze Wut der Offiziere und Soldaten über die politisch-militärische ›Schmach‹, die ihnen am 18. März beigebracht wurde, auf sich ziehen. Antijüdische Ressentiments waren indessen nicht nur im Militär, sondern ebenso in Teilen des (konservativen) Bürgertums<sup>33</sup>, im hohen preußischen Adel<sup>34</sup> und schließlich unter den Hohenzollern selbst verwurzelt. Bereits Ende 1847, vor dem Hintergrund des Schweizer Sonderbund-Krieges als des ersten Wetterleuchtens der europäischen Revolution 1848, glaubte Friedrich Wilhelm IV. Preußen von einem Verschwörernetz überzogen, das aus süddeutschen »Robespierres en herbes« und preußischen Juden bestünde.<sup>35</sup> Überraschen können solche Äußerungen nicht, hatte er doch schon kurze Zeit nach Antritt der Regentschaft die Einrichtung besonderer jüdischer Korporationen gefordert und in diesem Zusammenhang geäußert, die preußische Regierung dürfe nichts tun, was die »Amalgamation« der Juden mit den nichtjüdischen Bewohnern Preußens begünstige.<sup>36</sup> Friedrich Wilhelm IV. war nicht der einzige Hohenzoller, der solche Ansichten äußerte. Bei der Schilderung der Vorgänge des 18. März griff der damals 16 Jahre alte Neffe des Königs und spätere ›liberale‹ 99-Tage-Kaiser Friedrich III. gleichfalls auf antijüdische Stereotype zurück: Am 19. März habe man ihn »auf einige Judengesichter aufmerksam [ge]macht, welche von der Menge auf die Schultern gehoben waren und eifrig redeten; auch schien einer etwas zu verteilen.«<sup>37</sup> Die Gründe, warum wider besseres Wissen die – Jahrhunderte alte – Legende von einer umfassenden jüdischen Verschwörung gerade auch von höchsten staatlichen Funktionsträgern kolportiert wurde, sind bekannt und brauchen hier nur angedeutet zu werden: Sie war ein ›bewährtes‹ Erklärungsmuster, mit dem sich existentielle Ängste in politischen Krisen- oder Umbruchsituationen auf denkbar einfache und griffige Weise ›rationalisieren‹ ließen. Mit Verweis auf den angeblichen, leicht identifizierbaren Feind brauchte man sich mit den komplexen gesellschaftlichen Realitäten, die die eigene, fragil gewordene Position in Frage stellten, nicht auseinanderzusetzen. 1848 erlaubte die Verschwörungsthese, die sozialen und politischen Ursachen der Märzrevolution auszublenden; man konnte die Verhältnisse mit ›gutem Gewissen‹ so belassen (oder so wiederherstellen), wie sie vordem waren.

### Politisches Engagement und Selbstbild der Berliner Juden im Revolutionsjahr

Angesichts der restaurativen, antiemanzipatorischen Politik der Hohenzollernmonarchie zwischen 1815 und 1848 hatten die preußischen Juden gute Gründe, sich nicht nur über den Sturz des alten Systems im März 1848 zu freuen, sondern sich auch aktiv politisch zu betätigen. »Je schwerer gerade mich die Ketten drücken, desto inniger muß ich die Freiheit für alle wünschen«<sup>38</sup>, so hat Johann Jacoby bereits Mitte der dreißiger Jahre sein Engagement auf Seiten der liberalen und (1848) demokratischen ›Partei‹ begründet. Seine Bemerkung erklärt auch, warum im Revolutionsjahr überhaupt sehr viele Juden innerhalb der revolutionären Bewegung aktiv wurden. Namentlich in den *demokratischen* Vereinen Berlins spielten zahlreiche Juden eine führende Rolle (Tabelle 2 im Anhang). Zu den Mitbegründern und führenden Mitglie-

dern dieses größten demokratischen Vereins Berlins gehörten der Handlungsdieners Robert Ottensos(s)er, der Arzt Moritz Lövinso(h)n, der Privatdozent Robert Remak, der Verleger Levin Kallmann Weyl, der Student Robert Oscar Feenburg sowie Gustav Julius.<sup>39</sup> Julius wurde im Revolutionsjahr freilich in erster Linie als Verleger und Chefredakteur der radikaldemokratischen ›Berliner Zeitungshalle‹ bekannt. Zwei seiner Mitarbeiter, Adolf Wolff und Louis Heilberg, waren gleichfalls Juden.<sup>40</sup> Auch die kleineren demokratischen Vereine wurden von jüdischen Berlinern geprägt: Die Gründung des ›Volkvereins‹ geht auf die drei Brüder Agathon, Ferdinand und Heinrich Benary zurück; die beiden ersten gehörten auch in der Folgezeit zu den führenden Berliner Demokraten. Im zunächst linksliberalen, später gemäßigt-demokratischen ›Verein für Volksrechte‹ spielte der freilich lange vor 1848 getaufte Mathematikprofessor Karl Gustav Jakob Jacobi eine zentrale Rolle. Die am weitesten links stehende Organisation unter den politischen Vereinigungen Berlins, der Ende Juni gegründete Republikanische Klub, wurde von dem bekannten jüdischen Publizisten Heinrich Bernhard Oppenheim ins Leben gerufen; Oppenheim war zugleich Herausgeber der radikaldemokratischen ›Reform‹.<sup>41</sup> Leopold Zunz wiederum gehörte seit Mitte Juli 1848 zum Vorstand des ›Demokratischen Urwählervereins‹; vor allem aber war Zunz eine der führenden Persönlichkeiten in der Anfang 1849 gegründeten demokratischen ›Volkspartei‹, die mehrere tausend Mitglieder zählte und im Frühjahr 1850 dann der polizeilichen Repression zum Opfer fiel.

Die mit den Demokraten verbündete junge Berliner Arbeiterbewegung wurde gleichfalls von Juden geprägt. Der überragende Einfluß von Stefan Born auf Berlins Arbeiter und Gesellen während des Revolutionsjahres spricht hier Bände.<sup>42</sup> Der einzige Arbeiter in der Preußischen Nationalversammlung, Julius Brill, der – über seine Abgeordnetentätigkeit hinaus – nicht unerheblichen Einfluß auf die politischen Entwicklungen in den Unterschichten der preußischen Hauptstadt nahm, war jüdischen Glaubens. Auch die anderen jüdischen Abgeordneten der preußischen Volksvertretung standen meist auf dem linken Flügel dieser Versammlung. Unter ihnen war Johann Jacoby, zwar kein gebürtiger Berliner, aber in der Hauptstadt für die Nationalversammlung Preußens gewählt, die herausragende Persönlichkeit. Der demokratischen Bewegung im weiteren Sinne sind außerdem eine Reihe von jüdischen Satirikern zuzurechnen, deren zahlreiche Flugschriften in zum Teil hohen Auflagen vertrieben wurden. Hinzuweisen ist hier vor allem auf den Gründer und langjährigen Verleger des ›Kladderadatsch‹, David Kalisch, außerdem auf Samuel Löwenherz und Levin Kallmann Weyl, die unter dem Pseudonym ›Isaac Moses Hersch‹ zahlreiche, auf jiddisch verfaßte, satirische Flugblätter zeichneten, sowie auf Adalbert Cohnfeld, der unter den Pseudonymen ›Aujust Buddelmeier‹ und ›Jakob Leibche Tulpenthal‹ gleichfalls zahlreiche satirische Schriften verfaßte.<sup>43</sup> Die Genannten gehörten zur demokratischen ›Prominenz‹ der preußischen Hauptstadt; zahlreiche weitere Berliner Juden standen im demokratischen Lager, ohne vom Rampenlicht der Öffentlichkeit erfaßt zu werden. Die Quellen gestatten nicht, den genauen Anteil der Juden an der Mitgliedschaft oder auch nur an den Vorständen der demokratischen Vereine zu bestimmen. Die fragmentarischen Informationen lassen jedoch den Schluß zu, daß ihre Zahl hier weit über dem Anteil der Berliner Juden

an der gesamten Einwohnerschaft Berlins lag (selbst wenn man den hohen Anteil von zum Christentum übergetretenen Juden in Rechnung stellt).

Das »Gerücht«, daß die demokratischen Vereine Berlins und namentlich der besonders radikale Politische bzw. (seit Mai 1848) Demokratische Klub »ganz oder zum großen Theil aus Mitgliedern der jüdischen Gemeinde bestehe«, war dennoch maßlos übertrieben. Zwar würden »auch einige Juden in jenem Klub sich befinden«, aber »die bei weitem größte Anzahl« der Gemeindemitglieder sei ihrer »Natur nach konservativer Gesinnung«. Die überwiegende Mehrheit der Gemeinde habe »sich Denen ihrer christlichen Mitbürger angeschlossen, die zwar das errungene Recht festhalten, aber nur auf gesetzlichem Boden fortschreiten wollen«. Dieses Dementi in der Spenerschen Zeitung vom 3. April 1848 scheint den tatsächlichen Verhältnissen entsprochen zu haben. Die Juden, die in der demokratischen und Arbeiterbewegung aktiv wurden, waren, auch wenn sie formell nicht konvertiert waren, mehrheitlich keine aktiven Mitglieder der jüdischen Gemeinde mehr. Aber selbst wenn man diejenigen, die zum traditionellen Judentum auf Distanz gegangen waren oder sich gar hatten taufen lassen, mit einschließt: Unter den aktiven Demokraten blieben Juden eine – wenngleich zahlenmäßig starke – Minderheit. Behauptungen wie, die politischen Programmatiken demokratischer Vereine seien der »Feig, [bereit,] fertig geknetet zu werden von Juden und Judengenossen, von Franzosen und Franzosen-Jüngern«<sup>44</sup>, wurden von Konservativen in demagogischer Absicht in die Welt gesetzt. Auch mit Anspielungen, führende Demokraten wie Gustav Julius und Johann Jacoby hätten ein »jüdisches Aussehen« und eine »jüdische Gesinnung«, suchte die Rechte antijüdische Ressentiments in bürgerlichen Bevölkerungsschichten für den politischen Tageskampf zu aktualisieren. Den gleichen Zweck verfolgten hochkonservative Publizisten, wenn sie freimütige Äußerungen einzelner Vertreter der Linken als »Strahlenglanz jüdischer Unverschämtheit« bezeichneten.<sup>45</sup>

Vergleichbaren Anfeindungen war der *Konstitutionelle Klub* nicht ausgesetzt. In diesem liberalen Verein war, neben Moritz Veit, der freilich schon bald als Abgeordneter der Deutschen Nationalversammlung nach Frankfurt ging, Sigismund Stern, einer der Mitbegründer der jüdischen Reformgemeinde Berlins, besonders aktiv, zeitweilig als dessen Vorsitzender.<sup>46</sup> Zu den herausragenden Mitgliedern des Konstitutionellen Klubs gehörten außerdem der Schriftsteller Adolf Löwenstein und – anfangs – der Arzt, Buchhändler und Besitzer einer Leihbibliothek Bernhard Behr.<sup>47</sup> Wenn im Unterschied zu den ausgeprägten liberalen Präferenzen der jüdischen Bevölkerung insgesamt (Tabelle 2) das aktive Engagement jüdischer Berliner für liberale Politik vergleichsweise schwach blieb, dann hatte dies strukturelle Gründe: Unmittelbar nach der Märzrevolution zunächst recht stark, wurde der Konstitutionelle Klub als die einzige liberale Vereinigung Berlins seit Ende April im Zuge einer allgemeinen Polarisierung und Radikalisierung der Berliner Bevölkerung zwischen den »Extremen« – den in der preußischen Hauptstadt zahlenmäßig sehr starken Demokraten auf der Linken und den Konservativen auf der Rechten – zunehmend aufgerieben.<sup>48</sup> Im Herbst des Revolutionsjahres fristete der liberale Klub nurmehr ein Schattendasein.

Über diese Vereine, die Frühformen der politischen »Parteien«, hinaus waren Juden außerdem in den Organisationen, die auf *spezifischen Tätigkeitsfeldern* aktiv wurden, gleichfalls nicht selten in führender Stellung tätig. Hinzuweisen ist hier etwa auf Mosé Simion, Julius Springer und Adalbert Cohnfeld, die im »Bürgerwehrklub« leitende Positionen innehatten<sup>49</sup> – einer Organisation, die bemüht war, der kommunalen Freiwilligenmiliz insgesamt in politischen Fragen Einfluß zu verschaffen, und die zugleich den Mannschaften als Sprachrohr gegenüber den Bürgerwehr-Offizieren diente. Bemerkenswert viele jüdische Berliner bestimmten das Profil des »Bezirks-Central-Vereins«; zu nennen sind hier u.a. Adolf und Rudolf Löwenstein, Levin Kallmann Weyl, Sigismund Stern, Leopold Zunz und Robert Remak.<sup>50</sup> Dieser »Verein« fungierte als Dachorganisation von mehr als hundert sogenannten Bezirks-Vereinen. Mit zusammen etwa zehntausend Mitgliedern waren diese Vereine die größte Berliner Massenorganisation des Revolutionsjahres. Ihre Aufgabe sahen sie in erster Linie darin, die (männlichen) Bürger Berlins politisch zu bilden, die Aktivitäten nicht nur des städtischen Parlaments, sondern auch der Mitte Mai zusammengetretenen Preußischen Nationalversammlung kritisch zu begleiten sowie kleinen Gewerbetreibenden, die wirtschaftlich in Not geraten waren, mit Krediten aus eigens gegründeten Vorschubkassen helfend zur Seite zu stehen. Dem eigenen Selbstverständnis nach »überparteilich«, waren die Bezirks-Vereine faktisch dem demokratischen Spektrum im weiteren Sinne zuzurechnen.

Eine größere Zahl bekannter Berliner Juden engagierte sich schließlich in den Organisationen der *bürgerlichen Sozialreform*. Zu den führenden Mitgliedern des »Central-« und »Lokalvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen« zählten neben Daniel Alexander Benda außerdem vor allem Wilhelm Beer, Eduard Goldschmidt, Meyer Magnus, Joseph Mendelssohn und Moritz Veit.<sup>51</sup> Zum Vorstand des 1847 gegründeten »Berliner Vorschub-Vereins«, einem anderen Zweig der bürgerlichen Sozialreform, gehörten gleichfalls zwei prominente Berliner Juden, Julius Springer und Julius Löwenberg.<sup>52</sup> Sie setzten damit ältere, jüdische Traditionen fort<sup>53</sup> und durchbrachen sie zugleich, da sie soziale Unterstützungen nicht mehr an die Konfessionszugehörigkeit banden. Nicht nur Männer, auch jüdische Frauen suchten während des Revolutionsjahres verstärkt kleinen Gewerbetreibenden zu helfen: Namentlich im »Frauenverein zur Abhülfe der Noth der kleinen Gewerbetreibenden« waren Ehefrauen bekannter jüdischer Wirtschaftsbürger aktiv.<sup>54</sup>

Folgt man den – methodisch freilich nicht ganz unproblematischen – Ergebnissen Jacob Tourys<sup>55</sup>, blieb während der Revolution die Mehrheit *sämtlicher* Juden in den deutschen Staaten konservativ bzw. »loyalistisch«, obwohl sich von den politisch *aktiven* Juden nur eine sehr kleine Zahl auf dem rechten politischen Spektrum engagierte (Tabelle 2). Nach meinem Eindruck, der sich für die jüdische Gesamtbevölkerung der preußischen Hauptstadt freilich nicht mit harten Indizien belegen läßt, galt die von Toury für den gesamten deutschen Raum konstatierte Tendenz auch für Berlin. Erklären läßt sich der auffallende Unterschied zwischen der politischen Haltung der aktiven Juden und der Gesamtheit der Juden, wenn man mit Toury zwischen »echtem Konservatismus«, als politischer Überzeugung, und »Loyalismus«, als der eher

passiven Orientierung an der jeweils herrschenden politischen Elite, unterscheidet.<sup>56</sup> Eine starke Wurzel besaß diese ›loyalistische‹ Grundhaltung in einem durch jahrhundertelange Verfolgung geprägten Überlebenswillen und der Hoffnung, auf diese Weise der Gefahr zu entgehen, zum ›Sündenbock‹ für politische und soziale Krisenerscheinungen gemacht zu werden. Vom ›Loyalismus‹ des Vormärz unterschied sich der ›Loyalismus‹ des Revolutionsjahres dadurch, daß er mit einer national orientierten Einstellung, dem (wie besonders die eingangs zitierte Rede von Sachs zum Ausdruck brachte) gerade unter Berliner Juden stark ausgeprägten Wunsch, daß es mit der Revolution vom 18. März und den anschließenden Ereignissen zu einer Einigung des ›deutschen Vaterlandes‹ kommen würde, vereinbar zu sein schien: Hatte nicht der König während seines Umrittes durch die Straßen Berlins am 21. März wiederholt versprochen, sich an die Spitze Deutschlands zu stellen? Fand sich nicht in der königlichen Proklamation vom gleichen Tage die berühmte Formulierung, »Preußen« werde »fortan in Deutschland aufgehen«? Selbst als Friedrich Wilhelm IV. im April 1849 die Kaiserkrone ablehnte, die ihm die Abgeordneten der Frankfurter Paulskirche angeboten hatten, schwand diese Hoffnung nicht, denn der preußische Monarch begann zum gleichen Zeitpunkt, am 28. April 1849, eine Politik der nationalen Einigung ›von oben‹ – eine Politik, die Ende 1850 schließlich am nachhaltigen Widerstand vor allem Österreichs und Rußlands scheiterte. Wie sehr sich manche Berliner Juden aber auch unabhängig von aktuell-politischen Konstellationen den Hohenzollern verbunden fühlten, zeigt sich u. a. daran, daß einzelne von ihnen an der Organisation der Flucht des in der Berliner Bevölkerung besonders verhaßten Prinzen von Preußen maßgeblich beteiligt waren. Julius Wolff Meyer soll den Thronfolger vor der Wut der Menge gerettet und ihn in seinem Wagen aus der Stadt befördert haben; der Bankier Moritz Cohn stellte ihm die nötigen Mittel für seine Reise von Hamburg nach London zur Verfügung.<sup>57</sup>

Wenn die ›loyalistische‹ Anlehnung an die Krone im Revolutionsjahr innerhalb der jüdischen Bevölkerung Preußens offenbar vorherrschende Grundhaltung blieb, dann erklärt sich dies ferner daraus, daß die alte Obrigkeit im Verbund mit den zunächst rechtsliberal dominierten, später offen konservativen preußischen ›Revolutions‹-Ministerien<sup>58</sup> gegenüber revolutionären Strömungen spätestens seit Frühsommer 1848 wieder Oberwasser bekam. Auch die durch Ereignisse wie die Pariser Junischlacht und den Berliner Zeughaussturm aktualisierte Furcht vor einer zweiten, auf die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse zielenden Revolution ließ bei vielen das Bedürfnis nach Kräftigung der traditionellen Obrigkeit stärker hervortreten. Darüber hinaus resultierten Loyalismus und Konservatismus vielfach aus einem wirtschaftlich begründeten Pragmatismus: Überdurchschnittlich viele Berliner Juden gehörten wirtschafts- bzw. großbürgerlichen Berufsgruppen an; viele von ihnen glaubten auf gute Beziehungen zu den Ministerien und zum Hof materiell angewiesen zu sein. Diese Haltung erklärt wesentlich den von Toury für diese Berufsgruppen festgestellten und auch für die preußische Hauptstadt gültigen signifikanten Zusammenhang zwischen beruflicher Tätigkeit und politischer Orientierung (Tabellen 3 und 4 im Anhang). Jüdische Demokraten und Liberale wiederum kamen überwiegend aus den ›freien Berufen‹. Viele von ihnen waren Ärzte; das war eine Berufsgruppe, die mit dem Elend

der sozialen Unterschichten häufig unmittelbar konfrontiert wurde und deshalb in starkem Maße zu demokratisch-sozialem Engagement neigte. Andere, und zwar gleichfalls nicht wenige demokratische und liberale Juden waren Journalisten und (sonstige) Schriftsteller; sie verfügten meist nur über ein unregelmäßiges Einkommen, gehörten insofern einer Art frühem ›akademischen Proletariat‹ an und waren schon deshalb für ein politisches Engagement auf Seiten des ›Fortschritts‹ prädestiniert.

Bemerkenswert ist außerdem, daß die wenigen jüdischen Privatdozenten und außerordentlichen Professoren, die in Berlin lebten – Heinrich Bernhard Oppenheim, Robert Remak, Karl August Jakob Jacobi, Agathon und Ferdinand Benary sowie Martin Julius Hertz –, ausnahmslos im linken politischen Lager standen. Dies war nicht nur auf die schlechte materielle Absicherung, auf fehlende inneruniversitäre Mitsprachemöglichkeiten und einen daraus resultierenden besonderen Reformdruck des Hochschullehrernachwuchses zurückzuführen; deutlich wird hier außerdem, daß neben dem Beruf auch das *Alter* die politischen Sympathien präformierte. Dieser Zusammenhang ist für die politisch aktiven Juden signifikant: Das Durchschnittsalter jüdischer Demokraten lag bei 31,9 Jahren, das der jüdischen Konservativen/Loyalisten bei 47,6 Jahren. Zugespielt formuliert: Die junge Generation orientierte sich links, die ältere rechts; die Liberalen standen in der Mitte.<sup>59</sup> Daß das Alter die politische Haltung beeinflusste, galt selbst für die Gruppe ›Handel, Banken und Versicherungen‹. Die etablierten, zumeist schon ergrauten Mitglieder dieser Berufsgruppen votierten in ihrer überwiegenden Mehrheit konservativ, loyal oder (rechts)liberal. Die in der Regel lohnabhängig beschäftigten, *jüngeren* Kaufleute, die bereits Anfang der vierziger Jahre einen überkonfessionellen Verein gegründet hatten, der sich (verdeckt) auch der politischen Bildung seiner Mitglieder verschrieben hatte, standen dagegen häufig auf Seiten der Demokraten. Nicht zufällig befanden sich unter den Märzgefallenen mehrere jüdische Handlungsdienere. Zwei bereits erwähnte führende Berliner Demokraten, Robert Ottensöser und Albert Neo, gehörten gleichfalls dieser Berufsgruppe an.

Wenn sich im Unterschied zur gesamten jüdischen Bevölkerung der Hauptstadt Preußens politisch *aktive* Juden überwiegend zu den Demokraten hingezogen fühlten, dann erklärt sich dies aus dem Selbstverständnis der demokratischen Bewegung, der Gleichheit und Freiheit aller (männlichen) Staatsbürger ohne Ansehen der Konfession etc. zum Durchbruch verhelfen zu wollen. Die Demokraten, entschiedene Verfechter der vollständigen Judenemanzipation, nahmen im Gegensatz zu vielen Liberalen auch keine taktischen Rücksichten auf antijüdische ›Vorbehalte‹ der Krone. Eine starke demokratische Bewegung schien in den Augen vieler Juden deshalb der beste Garant für den endgültigen Abschluß der Emanzipation zu sein. Allerdings sollte dieser Beweggrund als Motiv für das Engagement vieler Juden in demokratischen Vereinen nicht überbewertet werden. Denn was oben für die politisch aktiven Juden hinsichtlich ihrer sozialen Zusammensetzung wie hinsichtlich ihres Alters konstatiert wurde, galt tendenziell auch für die politisch aktiven Nichtjuden. Beide Gruppen unterschieden sich nicht signifikant voneinander: Auch die meisten nichtjüdischen Demokraten waren jung; eine große Zahl von ihnen gehörte – soweit sie gebildeten Schichten entstammten – dem schriftstel-

lernenden akademischen Proletariat an; viele waren Ärzte. Umgekehrt rekrutierten sich die Konservativen generell zu erheblichen Teilen aus der Kaufmann- und Unternehmerschaft (daneben vor allem aus der Beamtschaft und dem höheren Offizierskorps). Bei den Liberalen und stärker noch bei den Konservativen hatten die Älteren, die Etablierten das Sagen.<sup>60</sup> Obwohl auch in Berlin die Zahl der politisch passiven Juden die der aktiven bei weitem überwog, scheinen Juden sich politisch hier relativ stärker engagiert zu haben als Nichtjuden. Neben dem bisher Gesagten wäre außerdem an die etwa fünfzig jüdischen Wahlmänner zu denken, die in der preußischen Hauptstadt die Abgeordneten für die beiden verfassungsgebenden Versammlungen mitwählten.<sup>61</sup> Die meisten, wenn nicht alle politisch engagierten Juden wurden *nicht* aus einem spezifisch jüdischen Selbstverständnis heraus aktiv. Da die Emanzipation mit der Märzrevolution vollzogen zu sein schien, schien es auch keine *besonderen* Gründe mehr für Juden zu geben, sich zu engagieren. Politisch aktive Juden sahen sich vielmehr als gleichberechtigte Staatsbürger; sie nahmen nach eigenem Verständnis lediglich ihre frisch erworbenen Rechte wahr. Insbesondere für die Demokraten unter den Berliner Juden galt, daß sie sich uneingeschränkt den jeweiligen politischen Strömungen zuordneten. Für sie war 1848 ihr Jüdisch-Sein kein Gegenstand expliziter politischer Reflektion mehr; darin unterschieden sie sich nicht von den meisten radikaldemokratischen oder sozialistischen Juden andernorts.<sup>62</sup>

Vor diesem Hintergrund kann nicht überraschen, daß sich viele Berliner Juden für eine deutsche Einigung unter demokratischem Vorzeichen einsetzten.<sup>63</sup> Angesichts der in Preußen starken borussisch-partikularistischen Strömungen ist es freilich ebensowenig verwunderlich, daß in der Hauptstadt auch die Gegenposition unter Juden eifrige Fürsprecher fand. Besonders profilierte sich in dieser Hinsicht Daniel Alexander Benda, der in den Jahren vor der Revolution als Freigeist bekannt geworden war, nach dem 18. März in das Lager des politischen Konservatismus wechselte und als eine Art Stichwortgeber für viele gemäßigt-konservative Berliner Bürger fungierte. Unter Anspielung auf die Befreiungskriege 1813/15 heißt es beispielsweise in einer Denkschrift Bendas an die Stadtverordnetenversammlung vom 24. Juli 1848: »Deutschland ohne Preußen ist ein Nichts; Preußen aber ist nicht nur ruhmvoll, selbständig und groß ohne Deutschland, sondern, wenn es sein muß, auch im Kampf wider Deutschland!«<sup>64</sup> Zugleich forderte er, daß sich die übrigen deutschen Staaten der preußischen Hegemonie unterwerfen sollten. Seine Begründung: »Preußen, im edelstolzen Selbstbewußtsein seiner um die Ehre und Selbständigkeit Deutschlands sich erworbenen großen Verdienste, seiner dafür gebrachten zahllosen und bedeutenden Opfer, durfte erwarten, daß die übrigen deutschen Stämme, sowohl in Anerkennung dieser Verdienste wie im Bewußtsein ihrer nur auf Preußen begründeten Macht, sich dieser Macht um so williger und freudiger anschließen und, wo es im allgemeinen, mithin ihrem eigenen Interesse unerläßlich, derselben sich unterordnen würden.«<sup>64</sup> Und in einer Erklärung, die die Spenersche Zeitung am 13. September veröffentlichte, polemisierte Benda folgendermaßen gegen die demokratische wie liberale Bewegung: »Preußen! So Ihr länger von Halbblinden und feigen Aufwühlern Euch verhöhnen und verspotten und endlich zwingen lasset, durch Bürgerblut, Leichen und Trümmer den bis heute ruhmvollen Namen Preußen zu be-

schimpfen, [...] erklärt die Nachwelt Eure lange, 200jährige Geschichte für eine einzige, lange Lüge [...]. Auf! Kein Augenblick ist mehr zu verlieren, das Geschick Preußens muß rasch entschieden werden: Fordert [statt des liberalen Ministeriums v. Pfüel] ein Ministerium von Männern [...], deren Wahlspruch [sei]: »Freiheit, Gesetz, Ordnung und Preußen für immer!«

Neben Benda exponierte sich außerdem Wilhelm Beer, nicht nur einer der Ältesten der Korporation der Berliner Kaufmannschaft, sondern im Revolutionsjahr auch Mitglied des gemäßigt-konservativen »Patriotischen Vereins«, als Anhänger eines starken Preußens. Eine im Mai 1848 veröffentlichte Broschüre, in der Beer sich vehement gegen eine wie auch immer geartete staatliche Selbständigkeit Polens aussprach und vor einer angeblich drohenden »französischen Invasion« warnte, gipfelte in dem Satz: »Gehen wir in Deutschland auf, wir gingen am Ende darin unter und Deutschland mit uns.« Nur mit einer selbständigen Großmacht Preußen könne man sich der polnischen wie französischen »Gefahr« erwehren.<sup>65</sup>

**»... das grause Vorurtheil ist verschwunden«:**

**Die Haltung der nichtjüdischen Bevölkerung Berlins gegenüber der »Judenfrage«**

Die zitierten und andere, ähnliche Erklärungen sollten freilich nicht dahingehend mißverstanden werden, daß sich auch nur eine nennenswerte Minderheit der Berliner Juden die politischen Zustände vor der Märzrevolution zurückwünschte. Selbst öffentlich vorgebrachte konservative Äußerungen von Berliner Juden waren Ausdruck eines erstarkten Selbstbewußtseins und des Gefühls, daß niemandem deswegen Nachteile erwachsen könnten. An dem Gefühl, von den nichtjüdischen Mitbürgern vollständig akzeptiert zu sein und nunmehr uneingeschränkt »deutsch« oder »preußisch« fühlen zu können, änderte sich auch nichts, als seit Frühsommer 1848 antijüdische Ressentiments in den gehobenen Bevölkerungsschichten wieder unverblümter geäußert wurden. Selbst durch die antijüdischen Tumulte, die am 5. April von verarmten Kleinmeistern namentlich des Schneiderhandwerks ausgingen<sup>66</sup>, wurde dieses Bild relativer Eintracht zwischen Juden und Nichtjuden nur vorübergehend getrübt. Dazu trug vor allem bei, daß die Vorfälle Anfang April auf die ziemlich einhellige Ablehnung der demokratischen, liberalen und selbst der gemäßigt konservativen Öffentlichkeit stießen.<sup>67</sup> Die »jüdischen Bewohner Berlins«, hieß es etwa in einem Leserbrief, der in der Vossischen Zeitung vom 6. April 1848 abgedruckt wurde, dürften sich auch weiterhin der »Achtung und Liebe ihrer Mitbürger« sicher sein; denn diese hätten »die ganze inhaltschwere Zeit mit ihnen durchlebt, mit ihnen gekämpft, gehofft und gefürchtet«. Die überwiegende Mehrheit der Einwohner Berlins würde »nun sich freuen, daß das neue aufgehende Licht der Freiheit, gleich der Sonne, welche ihre wohlthuednsten Strahlen selbst dem verborgensten Winkelchen der Erde sendet, endlich auch die Dunkelheit des irri-gen Wahns verschrecken wird, welcher eine Schranke zwischen Mensch und Menschen war! [...] Das grause Vorurtheil ist verschwunden.« Die Vorfälle vom 5. April wurden mit dem Hinweis entschuldigt: »Ihr wißt ja, daß es Licht und Schatten, edle und schlechte Menschen gibt, unter allen

Nationen und Confessionen.« Man dürfe »nie« vergessen, äußerte ein anderer Berliner, »daß auch unsere jüdischen Brüder an den Barrikaden ihr Blut für die Freiheit vergossen und daß wir uns ein Brandmal der Schande aufdrücken, wenn wir nun die Kainskeule gegen sie schwingen wollten!«<sup>68</sup>

Vermutlich die meisten Berliner Juden taten die Tumulte als »bedauernswerte« Vorfälle ab oder ignorierten sie einfach. Leopold Zunz etwa maß den »Häkeleien mit und gegen Juden« von Anfang April und den untergründigen jüdenfeindlichen Strömungen »keine Bedeutung bei«.<sup>69</sup> Für die Bemerkung 'Zunz' und ebenso eine Feststellung Geigers, daß zahlreiche weitere »unzweideutige Sympathie«-Bekundungen der Presse »für eine völlige Judenemancipation« die Ansichten des »freiheitlich angeregten« nichtjüdischen Mittelstandes artikulierten<sup>70</sup>, gab es (weitere) gute Gründe: Zu Recht wertete die Spenersche Zeitung die Aufbahrung von vier jüdischen Märzgefallenen in der Werderschen Kirche unmittelbar nach dem Ende der Barrikadenkämpfe als den »besten Beweis, daß wir jetzt keinen Unterschied mehr machen wollen.«<sup>71</sup> Von unmißverständlich symbolischer Bedeutung war außerdem, daß – wie zuvor in Wien – am 22. März auch in Berlin neben einem protestantischen und einem katholischen Geistlichen Michael Sachs als Rabbiner der Jüdischen Gemeinde »im Namen jenes uralten Bekenntnisses, das als lebendiger Zeuge der Weltgeschichte und Weltgeschicke seit Jahrtausenden dasteht«, vor den Särgen der Märzgefallenen eine kurze Ansprache hielt (während ein Vertreter der in Berlin recht starken deutsch-katholischen Dissidentenbewegung zwar am Trauerzug teilnahm, aber keine Worte sprechen durfte).

Von der Mehrheit der Berliner Bürger wurde die mit der Märzrevolution scheinbar vollzogene Emanzipation begrüßt. Noch weniger Resonanz fanden jüdenfeindliche Ansichten in den proletarischen Schichten der preußischen Hauptstadt, von einem Teil der verarmten Kleinmeister des Schneidergewerks abgesehen. Nicht nur die herausragende Stellung Stefan Borns innerhalb der Berliner Arbeiter- und Gesellschaft bringt dies unübersehbar zum Ausdruck. Wie klar-sichtlich offenbar nicht wenige Angehörige des »Arbeiterstandes« die politische Funktion anti-jüdischer Einstellungen durchschauten, bringt ein Artikel des Buchdruckers Karger in der ersten Ausgabe der vom Handwerkerverein herausgegebenen »Deutschen Arbeiter-Zeitung« zum Ausdruck: »Die Juden scheinen der Sündenbock zu sein, den sich zum Theile die Feinde der neuesten Zeitrichtung zum Opfer erkoren. Auch hier in Berlin möchte seit der stattgehabten Staatsumwälzung die [konservative] Gegenpartei [...] den Kampf, dem sie so ziemlich unterlegen ist, auf die Juden ableiten. Diese Partei möchte ihr Bevormundungs- und Verdummungssystem, das sie bis dahin über die Völker ausgedehnt, bemänteln mit dem Vorwande: die Juden hätten an der Revolution und an dem ganzen Nothstande der Arbeiter schuld. Wäre ersteres der Fall, so müßten wir den Juden Dank sagen, denn durch die Revolution sind wir freie, mündige deutsche Männer geworden. Ich vertraue auf den gesunden Verstand der Arbeiter, daß sie weder das Eine noch das Andere glauben; wir schreiben von den Juden ebensowenig unsern Nothstand her als unsere Revolution. Den Nothstand haben wir [...] in der schlechten politischen und socialen Ordnung, in der wir bisher lebten, und in falschen und verkehrten Verwaltungsmaßregeln

zu suchen [...]. Ueberhaupt ist es recht lächerlich, jetzt wieder zwischen Christen und Juden Feindseligkeiten zu schaffen und Scheidewände aufzustellen; davon muß keine Spur mehr bleiben! Wie gesagt, sie, die gegen die Juden zu hetzen versuchen, sie, die vor der Revolution obenan waren, sie sind eine der Ursachen des Nothzustandes der Arbeiter; ihr Verdummungssystem durch Pfaffen und bevormundendes Beamtenwesen, ihre theure Staatsverwaltung« – und nicht »die Juden« – seien dafür verantwortlich gewesen, daß »die Arbeiter aus[ge]beutet und bis zur jetzigen Stellung hinab[ge]drückt« worden seien.<sup>72</sup>

Nicht nur Vertreter der frühen Berliner Arbeiterbewegung suchten antijüdischen Ressentiments entgegenzuwirken. Auch die demokratischen Vereine waren in dieser Hinsicht rührig. Der Politische Klub, der sich Ende Mai 1848 in Demokratischer Klub umbenannte, verband seine Solidarität mit dem Freiheitskampf des polnischen Volkes mit der dringlichen Aufforderung, es zu keinen antijüdischen Pogromen kommen zu lassen. In einer vom Politischen Klub am 4. April beschlossenen Adresse wurden die »Polnischen Brüder« einerseits der unzweideutigen Sympathie und Unterstützung in ihrem »Streben nach Selbstbefreiung« versichert; andererseits verlangten die Mitglieder des radikaldemokratischen Vereins ebenso unmißverständlich »Schutz für jene Bewohner, welche das Volksurtheil und der Haß nicht zu den Polen und auch nicht zu den Deutschen zählt, und auf welche der Fanatismus stets seine grausamsten Waffen gerichtet; – wir meinen die Juden, die zu allen Zeiten, bei allen Anlässen stets das wohlfeilste Opfer aller Partheien gewesen. Polen! erkennt und achtet in den Juden bejammernswerthe Leidensbrüder, denen nach dem Druck und der Schmach von zwei Jahrtausenden jetzt erst der Morgenstrahl eines freien Tages leuchtet. Der Druck zweier Jahrtausende hat diese Unglücklichen [...] tief gebeugt [...]! – Auch ihre Personen und ihr Eigenthum sei Euch heilig, heilig als ein Blatt von jenem Baume, unter dessen Schutze Eure Freiheit emporwachsen soll!«<sup>73</sup>

Die hier geäußerten Besorgnisse waren nicht unbegründet. Im April und Mai 1848, als die polnische Freiheitsbewegung einen vergeblichen Versuch unternahm, die staatliche Unabhängigkeit mit militärischen Mitteln zu erzwingen, kam es in zahlreichen Dörfern und Städten des Großherzogtums Posen, das sich die preußische Krone seit 1793 als Provinz eingegliedert hatte, zu antijüdischen Pogromen, die zahlreiche Tote und Schwerverletzte forderten. Zwar galten die Posen'schen Juden als Parteigänger der Deutschen; das allein kann jedoch die zum Teil grausamen Verfolgungen nicht erklären. Zur unglücklichen Mittelstellung der polnischen Juden im Nationalitätenkonflikt zwischen Deutschen und Polen trat eine in weiten Teilen der polnischen Bevölkerung verwurzelte Judenfeindschaft hinzu. Eine dem vergleichbare Stimmung hat es dagegen selbst in den schmalen Teilschichten der Berliner Bevölkerung nicht gegeben, die für antijüdische Ressentiments noch stärker anfällig waren. Nicht zufällig sahen sich weder der Demokratische Klub oder andere politische Vereine noch etwa die demokratische und liberale Presse, die über die Ereignisse in Posen ausführlich berichtete und gleichfalls vor antijüdischen Ressentiments warnte, genötigt, der Erklärung des Demokratischen Klubs an die polnische Freiheitsbewegung vergleichbare Warnungen an die Bevölkerung der preußischen Hauptstadt abzugeben.

Preußen, und hier wiederum besonders die Hauptstadt, schien vor dem Ausbruch antijüdischer Tumulte gefeit.<sup>74</sup> Nicht zuletzt die Wahl vieler »Juden in unsere preußische Verfassungs-Versammlung« ließ sich, so die Spenersche Zeitung nach Bekanntwerden der Zusammensetzung beider Nationalversammlungen am 12. Mai 1848, als Ausdruck der Tatsache werten, »wie sehr alle die seit Jahren angeregten Forderungen des politischen Fortschritts längst in Saft und Blut des Volkes eingedrungen« seien. »Entscheidend in dieser Hinsicht ist es aber, daß Deutschlands erste Stadt, unser Berlin, den Dr. Veit in die deutsche Nationalversammlung sendet.« Daß die große Mehrheit der Berliner, gleichgültig ob sie gesellschaftlich »unten« oder »oben« stand, die rechtliche und politische Gleichstellung der Juden als Selbstverständlichkeit begrüßte, konnte auch in Liedern zum Ausdruck kommen – und der Begeisterung, mit der diese gesungen wurden: Am 22. August beispielsweise veranstaltete die Bürgerwehr ein Festmahl zu Ehren ihres Oberkommandierenden. Während der Feier wurde vom Sängerkor des Hedemannschen Handwerkervereins ein Lied vorgetragen, dessen Refrain lautete: »Hoch lebe, Bruder, ob Jud' oder Christ / Ein Hoch, weil Du ein Theil der Menschheit bist.« Vor allem dieser Refrain fand unter den anwesenden 1200 Bürgerwehrmännern und den Gästen Anklang; nach jeder Strophe »erschallte« er »laut in der ganzen Gesellschaft«.<sup>75</sup>

Bemerkenswert ist ferner, daß besonders die Spenersche Zeitung auf eine rasche und vollständige Durchführung der Judenemanzipation drang. Denn die »Spenersche« war neben der »Vossischen« das wichtigste Sprachrohr nicht nur rechts-liberaler, sondern auch (gemäßigt-) konservativer bürgerlicher Strömungen. Ihre Kommentare machen deutlich, daß selbst die stärker rückwärts gewandten Kreise im Bürgertum und Kleinbürgertum als die sozialen Gruppen, die für antijüdische Tendenzen am ehesten anfällig waren, keineswegs generell judenfeindlich eingestellt waren. Wohl noch im Überschwang der Gefühle, wie er vor allem in den ersten Wochen nach der Märzrevolution herrschte, als alle überkommenen Barrieren endgültig niedergedrückt zu sein schienen, aber auch mit Blick auf eine Verordnung des preußischen Ministers für die geistlichen, kulturellen und Medizinal-Angelegenheiten vom 6. April 1848, die »die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte fortan von dem religiösen Glaubensbekenntnis unabhängig« machte, erklärte die Spenersche Zeitung am 12. Mai, daß der »Wunsch edler deutscher Männer, daß die die Juden ächtenden Ausnahmegesetze veraltet sein mögen, in ungeahnter Beschleunigung erfüllt worden [sei]. Hinfort gehört die »Judenfrage«, welche vor kaum einem Jahre viele Gemüther aufgeregert hatte, nur noch in die politische Alterthumskammer.« Etwas ernüchtert mußte dieselbe Zeitung zwei Monate später, am 18. Juli, konstatieren, daß »die mit den jetzigen Zeitverhältnissen in offenbarem Widerspruch stehende Vorschrift des Allg. Landrechts [...], daß zwischen Juden und Christen eine Ehe unzulässig ist«, formal weiterhin gültig war; der zuständige Minister müsse (verlangte die Spenersche) diese Bestimmung sofort aufheben.

Mahnungen, die scheinbar mit der Märzrevolution verwirklichte Gleichberechtigung der Juden auch durch die formelle Aufhebung diskriminierender, gesetzlicher Bestimmungen abzusichern, blieben freilich selten. Die »Judenfrage« war während des Jahres 1848 *kein* zentrales Thema der politischen Diskussion. Denn trotz der weiterhin gültigen, restriktiven gesetzlichen Bestimmun-

gen schien mit der Märzrevolution (in dieser Einschätzung waren sich Juden und Nichtjuden einig) die Judenemanzipation abgeschlossen zu sein. Erst später – zu spät – wurde der demokratischen Bewegung bewußt, welch grundlegendes Versäumnis es gewesen war, nicht gleich »Nägel mit Köpfen« gemacht zu haben. Die »Revolutionäre« hatten das politische System am 18./19. März zwar fundamental erschüttert; sie »vergaßen« jedoch, die neuen Freiheiten auch rechtlich festzuschreiben, und gaben damit der Obrigkeit die Möglichkeit, die alten Verhältnisse sukzessive wieder herzustellen.

Zunächst indessen nährte der preußische Staat die Erwartung, daß die »Judenfrage« auch formal rasch zum Abschluß kommen würde. Die bürgerlichen Märzministerien Camphausen–Hansemann und Auerswald–Hansemann unternahmen von sich aus zügig Schritte, Reste rechtlicher Diskriminierungen aus dem Weg zu räumen: In einer »erläuternden Verfügung« des Ministeriums der geistlichen etc. Angelegenheiten vom 26. Mai zu der Verordnung vom 6. April über die »amtliche Stellung der jüdischen Lehrer an öffentlichen und Privatschulen« wurde ausdrücklich festgestellt, daß jüdische Lehrer ohne Einschränkung an allen Schulen unterrichten dürften. In einer anderen Verfügung desselben Ministeriums vom 14. Juli wurden »jüdische Gelehrte als zulassungsberechtigt zu allen Lehrämtern an den Landesuniversitäten« anerkannt.<sup>76</sup> Der Justizminister Bornemann hatte bereits Mitte April allen »Rechts-Kandidaten jüdischen Glaubens« gestattet, ihre »Prüfungen behufs Eintritt in das Richteramt« abzulegen, nachdem noch im Vorjahr deren Zulassung zur Prüfung abgelehnt worden war.<sup>77</sup> Praktische Folgen hatte dieser Erlaß allerdings nicht; es sollten noch Jahrzehnte vergehen, bis ein Jude das Amt eines preußischen Richters auch tatsächlich ausüben durfte. Von weitreichender Bedeutung war dagegen, daß mit Wirkung vom 28. Juli 1848 getauften Juden der Wiedereintritt ins Judentum und Nichtjuden die Annahme der jüdischen Konfession gestattet war; bis zu diesem Zeitpunkt mußten zum Christentum übergetretene Juden für den Fall der Rückkehr zu ihrer alten Religion damit rechnen, aus Preußen ausgewiesen zu werden. Mit gutem Grund konnte der damals 19jährige Levin Goldschmidt in einem Brief an seine Eltern wenige Monate nach der Märzrevolution feststellen: »Vieles, um das wir noch im vorigen Jahr flehten, ist erreicht. Auch der Jude kann jetzt nach seiner Neigung, nach seinen Talenten den Weg einschlagen, der ihm beliebt. Auch er braucht sein Glück nicht mehr mit der Abschwörung seines Glaubens erkaufen.«<sup>78</sup>

Zu Optimismus der jüdischen wie nichtjüdischen Emanzipationsbefürworter bestand auch deshalb Anlaß, weil im Revolutionsjahr die Rolle der *evangelischen Kirche* und mit ihr die Resonanz des christlichen Antijudaismus entscheidend geschwächt wurden. Einige knappe Bemerkungen müssen hier genügen: Auch im Revolutionsjahr exponierten sich evangelische Theologen und Geistliche – weiterhin – als Stichwortgeber für judenfeindliche Ressentiments. Namentlich der Berliner Professor für protestantische Theologie Ernst Wilhelm Hengstenberg polemisierte in der von ihm herausgegebenen »Evangelischen Kirchenzeitung« (EKZ), deren meinungsbildende Wirkung auf die protestantische Geistlichkeit erheblich war, gegen die »Judenherrschaft«. »Das Gelüste nach Herrschaft über die Völker geht durch die ganze Judenschaft

hindurch«, behauptete Hengstenberg, und habe sich namentlich nach der Märzrevolution »im Staate wie in den Kommunen [...] je länger desto drückender und unerträglicher fühlbar gemacht.« Der »jüdische Übermuth [kenne] keine Grenzen und darf sich keck gegen die angestammte Obrigkeit setzen, die er nur zu gern vom christlichen Stamme abzweigen und dem eigenen aufpfropfen möchte«.79

Mit solchen und zahllosen weiteren Polemiken knüpfte Hengstenberg an alte christliche Vorurteile an, die er selbst schon im Vormärz immer wieder zu schüren gesucht hatte. Während andere Emanzipationsgegner längst die Köpfe eingezogen hatten, wandte sich Hengstenberg noch unmittelbar vor der Märzrevolution, am 19. Januar 1848, in der EKZ heftig gegen die rechtliche Gleichstellung aller Konfessionen und forderte in diesem Zusammenhang faktisch die Rücknahme der zu diesem Zeitpunkt geltenden gesetzlichen Regelungen, die (partiell) die Gleichberechtigung der Juden in Preußen sichern sollten, u. a. mit dem »Argument: »Es giebt keinen feindlicheren Gegensatz gegen das Christenthum als das Judenthum.« »Ohne Noth und Nutzen«, empörte sich der Theologieprofessor, würde »die Gleichstellung des Christenthums und Judenthums« von den Emanzipationsbefürwortern zur »Prinzipienfrage« aufgeworfen.<sup>80</sup>

Zwar ließen sich viele Geistliche in ihren Einstellungen von den Äußerungen Hengstenbergs bestimmen; auch in christlich-konservativ gestimmten, kleineren Kreisen der gehobenen Bevölkerungsschichten fanden sie beträchtlichen Anklang. Ansonsten verhallten seine Worte jedoch weitgehend ungehört. Dies war Ausdruck des Tatbestandes, daß die protestantische Kirche zunehmend in die gesellschaftliche Isolation geriet. Schon während des Vormärz war dies ein unübersehbarer Trend, der sich dann im Revolutionsjahr noch erheblich verstärkte. Pfarrer wurden Adressaten von »Katzenmusiken« und anderen lautstarken Demonstrationen des (überwiegend demokratisch orientierten) »Pöbels«, mit denen dieser seinem Unmut über konservative Äußerungen der protestantischen Geistlichkeit nachhaltigen Ausdruck verlieh. Wichtigster Indikator für den sinkenden gesellschaftlichen Einfluß der evangelischen Kirche war der geringe und weiter abnehmende Kirchenbesuch: Vor 1848 hatte er bei knapp zehn Prozent (aller eingeschriebenen Protestanten) gelegen; während und nach der Revolution sank er auf etwa fünf bis sechs Prozent. Sehr zum Leidwesen der Geistlichen war die überwiegende Mehrheit der Kirchenbesucher zudem weiblichen Geschlechts. Seltener noch als Bürger und Kleinbürger besuchten Angehörige der Unterschichten die Gotteshäuser. Sofern Proletarier überhaupt Kirchen betreten, taten sie dies meist nur, wenn die Konventionen es verlangten: zur Taufe, zur Hochzeit und zur Beerdigung. Nicht selten geschah es, daß Angehörige der Unterschichten, sehr zur Empörung der Pfarrer, selbst am Taufstein oder Traualtar die Zigarre nicht ausgehen ließen oder durch abfällige Äußerungen ihre Distanz zum offiziellen Protestantismus zum Ausdruck brachten. (Die Innere Mission Wicherns und andere, von der evangelischen Kirche ausgehende sozial-karitative Aktivitäten änderten an dieser Haltung grundsätzlich nichts.) Den betroffenen Geistlichen galt Berlin vermutlich nicht ganz zu Unrecht als die »kirchlich verwahrlosete Stadt Deutschlands«.81

... nicht von unten durchgesetzt, sondern von oben gnädig gewährt:  
Die Grenzen der Judenemanzipation

Wesentliche Bedingung für den Abbau (vermeintlich) letzter Barrieren gegen eine vollständige Judenemanzipation war zweierlei: erstens die »Auflösung des traditionellen Gemeindeverbandes als Träger der jüdischen Gruppenexistenz« (Tourey)<sup>82</sup>, der starke, schon während des Vormärz sichtbare Trend, das Judentum nur noch als eine Konfession unter anderen zu begreifen, und zweitens der sinkende gesellschaftliche Einfluß der protestantischen Kirche und ihrer Funktions-träger, ihre weitgehende Beschränkung auf eigentlich religiöse Aufgaben. Beide Prozesse setzten lange vor 1848 ein; sie wurden im Revolutionsjahr jedoch besonders sichtbar und konnten zudem mit allen Konsequenzen offen politisch thematisiert werden.

Vor dem Hintergrund der schwindenden Rolle des Protestantismus als gesellschaftsprägender Kraft und der sinkenden Bedeutung der Jüdischen Gemeinde als kulturprägender Institution kann präzisiert werden, was die nichtjüdischen Emanzipationsbefürworter und auch viele Juden im allgemeinen mit »Gleichstellung der Juden« eigentlich meinten: »Emanzipation« wurde überwiegend mit weitgehender oder vollständiger gesellschaftlicher Assimilierung gleichgesetzt, »Jüdisch-Sein« nurmehr als bloße Konfessionszugehörigkeit aufgefaßt, nicht mehr als Form besonderer sozial-kultureller Identität. Es ist sicher kein Zufall, daß unter den »prominenten« Juden der Revolutionszeit eine größere Zahl lange vor 1848 zum Protestantismus übergewechselt war: Daniel Alexander Benda ließ sich 40jährig (1833), Ferdinand Benary 24jährig (1829) taufen. Gustav Julius trat vor Aufnahme seines Theologiestudiums 1829 zum Christentum über, Fanny Lewald im Jahre 1824, Stephan Born vor seiner Ankunft in Berlin 1840, Robert Oskar Feenburg 1844, David Kalisch erst nach der Revolution (1852), Friedrich Julius Stahl dagegen schon 1819. Auch Karl Gustav Jakob Jacobi und Julius Springer waren getauft.

Angesichts der verbreiteten Grundeinstellung, daß Juden auf die Pflege ihrer sozial-kulturellen Traditionen als Preis für die Aufnahme in die bürgerliche Gesellschaft als gleichberechtigte Mitglieder verzichten sollten, kann auch nicht überraschen, daß ein Antrag Leopold Zunz', ein Ordinariat für die Wissenschaft des Judentums einzurichten, abschlägig beschieden wurde. (Offen bleiben muß, ob die im folgenden zitierten Begründungen in geschickter Ausnutzung des »Zeitgeistes« nur vorgeschoben oder ernstgemeint waren.) Am 25. Juli 1848 hatte Zunz beim Ministerium für die geistlichen etc. Angelegenheiten den Antrag gestellt, die »Wissenschaft des Judentums« unter die Lehrfächer der philosophischen Fakultät aufzunehmen und dafür einen Lehrstuhl einzurichten. Die Märzrevolution hätte, so seine Begründung, »für sein Volk das Ghetto gesprengt«. Es müsse deshalb »auch die jüdische Wissenschaft, die noch im Ghetto verharre, befreit werden«. Das Kultusministerium gab diesen Antrag an die philosophische Fakultät mit der Bitte um ein entsprechendes Gutachten weiter. Die vier Gutachter (u. a. Leopold v. Ranke) gelangten zu einer »glatten Ablehnung«. Ihre Begründung: Ein Anlaß für die Einrichtung eines speziell jüdischen Lehrstuhls bestehe nicht mehr, »seitdem die Gleichstellung erfolgt und verbürgt sei und die Juden nun ein besonderes Gemeinwesen mit besonderen Gesetzen,

ein Volk im Volke, weder bilden würden noch auch [...] bilden wollten«. Es sei »ein Widerspruch in sich, in dem Moment, wo die neue, die starren Unterschiede der alten Zeiten ausgleichende Freiheit eingeführt war, eine Professur mit dem Nebengedanken stiften zu wollen, das jüdische Wesen in seiner Besonderheit, mit seinen entfremdenden Gesetzen und Gebräuchen geistig zu stützen und zu bekräftigen«. Verfaßt worden war dieses Gutachten Ende Oktober; am 9. November nahm die philosophische Fakultät den Bericht einstimmig an. Das Ministerium für die geistlichen etc. Angelegenheiten schloß sich in seiner Antwort, die sie Zunz im Dezember des Jahres zuleitete, der skizzierten Argumentation an.<sup>83</sup>

Nach dem Sieg der Gegenrevolution im November 1848 schien diese Argumentation weiterhin schlüssig. Denn die oktroyierte Verfassung vom 5. Dezember garantierte ausdrücklich »die Freiheit des religiösen Bekenntnisses« und die Gleichheit aller »vor dem Gesetz«. Auch die modifizierte Verfassung vom 31. Januar 1850 schien dieses Grundrecht nicht anzutasten. Bei Lichte besehen enthielt die Verfassung von 1850 allerdings wesentliche Einschränkungen. So konnten »Religionsgesellschaften sowie die geistlichen Gesellschaften, welche keine Korporationsrechte haben«, die Freiheit der »Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsausübung [...] nur durch besondere Gesetze erlangen«. Außerdem wurde »die christliche Religion bei denjenigen Einrichtungen des Staats, welche mit der Religionsausübung im Zusammenhange stehen, [...] zu Grunde gelegt«.<sup>84</sup> Die Obrigkeit konnte sicher sein, daß diese erneuten Einschränkungen nicht auf großen Widerspruch stoßen würden. Denn das Grunddilemma der Judenemanzipation in Preußen und den anderen deutschen Staaten war, daß im Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten die liberalen Bestimmungen der Verfassungen von 1848 und 1850 nicht von unten, nicht durch revolutionären Druck durchgesetzt worden waren (obgleich ohne die revolutionären Umwälzungen vom März die Fortschritte des Jahres 1848 nicht denkbar gewesen wären). Die Emanzipation schien »gnädig« von oben »gewährt« zu sein; sie konnte deshalb (in dieser Perspektive) jederzeit durch den Monarchen oder andere staatliche Entscheidungsträger partiell oder gar vollständig wieder zurückgenommen werden. Die Verfassungsrevision von 1850 war hier ein erster Schritt. Ein weiteres kam hinzu: Die Gleichberechtigung der Juden stand vielfach nur auf dem Papier; in der Praxis blieben wesentliche Elemente traditioneller Diskriminierung erhalten. Der Wunsch, »hinfort« gehöre »die Judenfrage in die politische Altertumskammer«, blieb Illusion.

Tabelle 1

Sozialstruktur der Berliner Juden und der Berliner Gesamtbevölkerung 1849 und 1861  
(nach der Statistik der Erwerbstätigen)

	1894		1861	
	Berlin: Juden	Berlin: Gesamtbevölkerung	Berlin: Juden	Berlin: Gesamtbevölkerung
Industrie und Handwerk	ca. 15,0%	53,8%	17,3%	49,8%
Handel und Verkehr (a)	über 50,0%	10,2%	53,6%	10,8%
persönliche Dienstleistungen (b)	ca. 7,0–8,0%	14,6%	8,3%	15,1%
freie Berufe (c)	5,4% (d)	4,5%	6,0%	4,7%
Rentiers und Pensionäre	9,7%	3,7%	12,0%	3,8%
(unterstützte) Arme	3,1%	4,4%	2,8%	3,2%
Übrige (e)	(ca. 8,0%) (f)	8,8%	–	12,6%
	(100,0%)	100,0%	100,0%	100,0%

(a) (Für die Berliner Gesamtbevölkerung): Einschließlich Gastgewerbe

(b) (Für die Berliner Gesamtbevölkerung): Einschließlich königliche Hausverwaltung

(c) Einschließlich öffentlicher Dienste (Staats- und Kommunalbeamte) sowie Geistliche u. ä. Für die Berliner Gesamtbevölkerung: ohne Militär

(d) Berlin-Brandenburg

(e) (Für die Berliner Gesamtbevölkerung): Vor allem die unqualifizierten Tagelöhner sowie Individuen ohne Berufsangabe.

(f) Auf welche Berufsgruppen sich die statistischen Residuen verteilen, geht aus den Angaben von Toury nicht hervor.

Quellen: Jacob Toury, Der Eintritt der Juden ins deutsche Bürgertum, in: Hans Liebeschütz/Arnold Paucker (Hg.), Das Judentum in der deutschen Umwelt 1800–1850. Studien zur Frühgeschichte der Emanzipation, Tübingen 1977, S. 230; Brigitte Scheiger, Juden in Berlin, in: Stefi Jersch-Wenzel/Barbara John (Hg.), Von Zuwanderern zu Einheimischen: Hugenotten, Juden, Böhmen, Polen in Berlin, Berlin 1990, S. 367; Die Bevölkerungs-, Gewerbe und Wohnungsaufnahme von 1. Dez. 1875 in der Stadt Berlin, im Auftrage der städtischen Deputation für Statistik bearb. von Richard Boeckh, Berlin 1878, 4. Abl., S. 6–13.

Tabelle 2  
Politische Orientierungen der Juden Berlins und sämtlicher deutscher Staaten

	Juden in allen deutschen Staaten		Berliner Juden (a)	
	Vormärz	Revolution	Vormärz	Revolution
Gesamtheit				
Konservative/Loyalisten (b)	55–60%	50–55%		
(gemäßigte) Liberale	30–35%	30–35%		
Demokraten/Sozialisten	9%	15%		
Aktive Politiker				
Konservative/Loyalisten (b)	21%	9–10%	12–22%	12–14%
(gemäßigte) Liberale	32–35%	31–33%	40–55%	15–30%
Demokraten/Sozialisten	43–47%	58–62%	30–40%	55–70%

(a) Erfaßt wurden als »aktive Politiker« 1848 insgesamt 66 Personen, für den Vormärz: 37. Zu den aktiven Politikern wurden nicht nur diejenigen gerechnet, die in den politischen Klubs hervortraten, als Stadtverordnete oder als Berliner Abgeordnete der Preußischen bzw. Deutschen Nationalversammlung fungierten, sondern auch diejenigen, die bei herausragenden politischen Ereignissen der Revolutionszeit eine wichtige Rolle spielten. Nicht berücksichtigt wurden die jüdischen Wahlmänner; denn die Wahl der Abgeordneten für die beiden Nationalversammlungen war geheim: *Wie* der einzelne Wahlmann abstimmte, ist nicht bekannt.

(b) Einschließlich der von Toury als »Nationalisten« bezeichneten Personen. (Die von Toury vorgenommene kategoriale Differenzierung in »Konservative«, »Loyalisten« und »Nationalisten« sowie in »Demokraten« und »Sozialisten« ließ sich jedenfalls für Berlin nicht aufrecht erhalten.)

Quellen: Toury, Orientierungen, S. 27, 67, 98; eigene biographische Recherchen.

Tabelle 3  
Politische Sympathien der (männlichen) Angehörigen der Gruppe »Handel, Banken und Versicherungen« sowie der »freien Berufe« 1848

	Konservative/Loyalisten/Liberale	Demokraten/Sozialisten
Handel, Banken, Versicherungen		
Deutschland	72%	21%
Berlin (a) (b)	50%	50%
Freie Berufe		
Deutschland	37%	63%
Berlin (a)	30–40%	60–70%

(a) Nur »politisch aktive« Juden

(b) Niedrige Fallzahlen

Quellen: Toury, Orientierungen, S. 68; eigene biographische Recherchen

Tabelle 4

Soziale Zusammensetzung der politisch aktiven Juden Berlin 1848

	Gesamt	Demokraten	Konservative	Liberales
Freie Berufe darunter	39 (61%)	60–75%	10–22%	70–90%
Ärzte	13 (20%)	30%	–	12%
Schriftsteller, Journalisten	12 (19%)	13–20%	–	30–50%
Handel, Banken (a)	6 (11%)	15–20%	55–70%	4–12%
Industrie und Handwerk (a)	13 (22%)	5–8%	20–45%	6–18%
Gesellen/Handlungsdieners	4 (6%)	8–12%	–	–
Zahl der erfaßten Personen	64	35–44	9–10	10–23
ohne Angabe	2	–	–	2

(a) Nur Selbständige

Quelle: eigene biographische Recherchen

- 1 Briefe an Philipp Ehrenberg bzw. S. M. Ehrenberg vom 13. 2. und 5. 3. 1848, in: Leopold Zunz, *Jude – Deutscher – Europäer. Ein jüdisches Gelehrten-schicksal im 19. Jahrhundert in Briefen an Freunde*, hg. v. Nahum N. Glazer, Tübingen 1964, S. 258 bzw. 260. Zu Zunz (1794–1886) vgl. auch S. 61 und S. 63.
- 2 Die im folgenden zitierten Briefe Auguste Auerbachs (1823–1898) und Moritz Steinschneiders vom 11., 16., 20. und 23. 3. 1848 sind dokumentiert in: Julius H. Schoeps, *Die Märzrevolution im Spiegel des Briefwechsels zwischen Moritz Steinschneider und Auguste Auerbach*, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte*, Tel Aviv, 14 (1985), S. 333–347 (Zitate: S. 338f., 340, 344). Der Brief Steinschneiders vom 20. 3. 1848 findet sich außerdem bereits in: Adolf Kober, *Jews in the Revolution of 1848 in Germany*, in: *Jewish Social Studies* 10 (1948), S. 164. Steinschneider (1816–1907) war 1833–1845 als Nachhilfelerhrer und Übersetzer in Prag tätig gewesen und hatte dort 1843 das Rabbinerexamen gemacht. Seit 1845 lebte er in Berlin. Zur Person Moritz Steinschneiders, der zwischen März und November 1848 öffentlich nicht weiter hervortrat, vgl. Schoeps, S. 333f.
- 3 *Michael Sachs* (1808–1864) hatte an der Berliner Universität Philosophie, orientalische Sprachen und Philologie studiert, war 1836–1844 Rabbiner in Prag, seit 1844/45 in Berlin; neben seiner geistlichen Tätigkeit übersetzte und verfaßte er zahlreiche literaturhistorische und theologische Schriften.
- 4 Eingerahmt wurde die Feier durch liturgische Gesänge, die eigens für den Anlaß komponiert worden waren und vom Synagogenchor vorgetragen wurden. Auf den offenbar nichtjüdischen Beobachter des »Publicisten« machte »alles zusammen genommen einen so heiligenden Anblick, daß er den unvergeßlichen Stunden des großartigsten aller Begräbnisse [gemeint ist das Begräbnis der Märzgefallenen am 22. März 1848] würdig an die Seite gestellt werden konnte«.
- 5 Die Rede wurde auch als Flugschrift vertrieben. Ein Exemplar befindet sich im Landesarchiv Berlin (LAB), Rep. 240, Acc. 685, Nr. 29.
- 6 Nach: Richard Boeckh (Bearb.), *Die Bevölkerungs-, Gewerbe und Wohnungsaufnahme vom 1. Dezember 1875 in der Stadt Berlin*, Heft 3, Berlin 1878–1880, S. 21; vgl. auch Jacob Jacobson, *Die Judenbürgerbücher der Stadt Berlin 1809–1851. Mit Ergänzungen für die Jahre 1791–1809*, Berlin 1962, S. 39.
- 7 Vgl. die Zahlen für 1852 bei Avraham Barkai, *The German Jews at the Start of Industrialisation – Structural Change and Mobility 1835–1860*, in: Werner Mosse u. a. (Hg.), *Revolution and Evolution. 1848 in German-Jewish History*, Tübingen 1981, S. 125, 128 sowie Jacob Toury, *Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland*, Düsseldorf 1977, S. 34.
- 8 Trotz des Übertritts zum Christentum blieben auch getaufte Juden häufig vor allem über ihre Familien dem sozial-kulturellen Netz des Berliner Judentums im weiteren verbunden. Maßgebliches Kriterium dafür, wer als »Jude« zu gelten hat, darf zwar nicht die Einstellung judenfeindlicher Exponenten sein. Gleichwohl ist bemerkenswert, daß pro-

minente Demokraten u. a. auch dann noch etwa von der Mitte 1848 gegründeten »Neuen Preußischen Zeitung« – nach dem Eisernen Kreuz im Titelkopf auch »Kreuzzeitung« (KrZ) genannt – als »jüdisch« denunziert wurden, wenn sie sich lange zuvor hatten taufen lassen, aber eine solche »Diffamierung« im politischen Tageskampf funktional erschienen; vgl. hier exemplarisch die unten geschilderten Attacken der KrZ gegen Gustav Julius. Die weitgehende Zusammenfassung beider Gruppen in der folgenden Darstellung läßt sich außerdem damit rechtfertigen, daß sich praktizierende und getaufte Juden, jedenfalls soweit sie politisch aktiv wurden, in ihrem Selbstbild und politischen Handeln nur wenig voneinander unterschieden.

- 9 Angaben nach: Monika Richarz, Der Eintritt der Juden in die akademischen Berufe. Jüdische Studenten und Akademiker in Deutschland 1678–1848, Tübingen 1974, S. 160ff.; vgl. außerdem Toury, Geschichte, S. 55; Brigitte Scheiger, Juden in Berlin, in: Stefi Jersch-Wenzel/Barbara John (Hg.), Von Zuwanderern zu Einheimischen. Hugenotten, Juden, Böhmen, Polen in Berlin, Berlin 1990, S. 334, 341, 363.
- 10 So z.B. Fanny Lewald. Vgl. Margarita Pazi, Fanny Lewald – das Echo der Revolution von 1848 in ihren Schriften, in: Walter Grab/Julius H. Schoeps (Hg.), Juden im Vormärz und in der Revolution von 1848, Stuttgart 1983, S. 237. Allerdings waren keineswegs alle Tausen eine Folge erzwungener Anpassung. Vor allem viele demokratisch orientierte Juden brachten mit dem Religionsübertritt ihre wachsende Indifferenz gegenüber Religion und Konfessionalität überhaupt zum Ausdruck.
- 11 Wichtig ist vor allem, daß die vorliegenden Zahlen nicht erlauben, nach Selbständigen und abhängig Beschäftigten zu unterscheiden. Aus den benutzten Quellen geht außerdem nicht genau hervor, welche einzelnen Berufsgruppen welchen sozialen Grobkategorien zugeschlagen wurden. Wahrscheinlich ist deshalb, daß unter die verwendeten Begriffe partiell unterschiedliches subsumiert wurde. Bestimmte, aus Tabelle 1 ablesbare Trends, namentlich die Dominanz des Sektors »Handel und Verkehr« innerhalb der jüdischen Bevölkerung, werden vermutlich tatsächlich noch stärker ausgeprägt gewesen sein.
- 12 *Gustav Julius* (1810–1851) gründete Ende 1846 die »Berliner Zeitungshalle«. Diese Zeitschrift, benannt nach einem gleichfalls von Julius ins Leben gerufenen Lesekabinett, war bis März 1848 ein an der Börse und in Berliner Wirtschaftskreisen gern gelesenes Blatt. *Levin Kallmann Weyl* (1815–1851), selbständiger Buchhändler und Verleger, verfaßte zusammen mit *Samuel Löwenherz* politisch-satirische Flugblätter, die unter dem Pseudonym Isaac Moses Hersch erschienen. Zu Weyl und zu Julius, der während des Revolutionsjahres als Publizist und engagierter Demokrat im politischen Leben Berlins eine herausragende Rolle spielte, vgl. auch S. 61. *David Kalisch* (1820–1872) gründete 1848 die bekannte politisch-satirische Zeitschrift »Kladderadatsch«; auf *Bernhard Wolff* wiederum geht wesentlich die Gründung der liberalen Berliner »National-Zeitung« im Frühjahr 1848 zurück. Zu nennen sind außerdem die Verleger und Buchhändler *Julius Sittenfeld*, *Gustav Moritz Bock*, *Wilhelm L. Hertz* und *Albert Cohn*. *Julius Sprünker*, *Carl Heymann* und *Moritz Veit*, gleichfalls bedeutende Verleger und Buchhändler, spielten im Vormärz 1848 auch im politischen Leben eine wichtige Rolle; vgl. Anm. 17. Hierzu und zum folgenden vor allem Hartmut Kaelble, Berliner Unternehmer in der frühen Industrialisierung. Herkunft, sozialer Status und politischer Einfluß, Berlin 1972, S. 79f.; Jacobson, S. 36–44; Toury, Geschichte, bes. S. 85ff., 92, 114; ders., Der Eintritt der Juden ins deutsche Bürgertum, in: Hans Liebeschütz/Arnold Paucker (Hg.), Das Judentum in der Deutschen Umwelt 1800–1850. Studien zur Frühgeschichte der Emanzipation, Tübingen 1977, S. 229ff.; Stefi Jersch-Wenzel, Jüdische Bürger und kommunale Selbstverwaltung in preußischen Städten 1808–1848, Berlin 1967, S. 52ff.; Scheiger, S. 308–317; Werner E. Mosse, Jews in the German Economy. The German-Jewish Economic Elite 1820–1935, Oxford 1987, S. 39ff., 49ff.; Barkai, S. 131, 133.
- 13 Vgl. allgemein Reinhard Rürup, Die Emanzipation der Juden und die verzögerte Öffnung der juristischen Berufe, in: Helmut Heinrichs u. a. (Hg.), Deutsche Juristen jüdischer Herkunft, München 1993, S. 13f., 24. Da nicht nur das Theologie-, sondern auch das Jura-Studium für jüdische Studenten faktisch versperrt wurde, blieb ihre Zahl an der Berliner Universität gering. Von der Ausübung anderer Berufe, die an eine staatliche Konzessionierung gebunden waren, wie etwa der des Apothekers, blieben Juden bis 1847 gleichfalls de facto ausgeschlossen.
- 14 Die Armenkommission der Jüdischen Gemeinde hatte 1838 ihre Tätigkeit aufgenommen. Außerdem bestand seit 1829 eine Altersversorgungsanstalt, in der Arme unentgeltlich betreut wurden, ferner seit 1833 die Baruch-Auerbachsche Waisenanstalt zunächst nur für Knaben, seit 1843 auch für Mädchen.
- 15 *Wilhelm Beer* (1795–1850), ein Bruder des Komponisten Giacomo Meyerbeer, war seit der Gründung 1820 Mitglied der KKB und gehörte von 1836 bis zu seinem Tode dem Ältestenrat der Korporation an. Beer war Mitglied der Direktion der Potsdam-Magdeburger und der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft und saß seit 1846 im Central-Ausschuß der Preußischen Bank. *Joseph Mendelssohn* (1770–1848) gründete 1795 das namhafte Berliner Bankhaus Mendelssohn. Mit der Gründung der KKB 1820 wurde er zunächst erster stellvertretender Vorsteher, 1833 dann Vorsteher des Ältestenkollegiums der Korporation, eine Funktion, die er bis 1845 ausübte. Frühe Mitglieder des Ältestengremiums waren außerdem, seit 1823, der Bankier und Vater Wilhelm Beers *Jacob Herz Beer* (1759–1825) sowie, von 1827 bis 1830, *Friedrich Wilhelm Bernstein*. *Hermann Jacobsohn* gehörte den Ältesten von 1849 bis 1856 an, der Kauf-

- mann, Bankier und Kommerzienrat *Alexander Mendelssohn* (1798–1871) von 1852 bis 1860; *Bernhard Samuel Berends* (1801–1864), Bankier, Besitzer einer Zuckersiederei und Kommerzienrat, wurde 1855, *Meyer Magnus* (1805–1883), ein Berliner Seidenwarenfabrikant, 1858 in das Ältestenkollegium der KKB gewählt; Magnus stand dem Gremium Ende 1880 außerdem kurzzeitig als Präsident vor. Zur KKB vgl. ausführlich: Die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen am 2. März 1920, Berlin 1920; Kaelble, bes. S. 196–216.
- 16 Zu den Berliner Salons vgl. das Standardwerk von Petra Wilhelmy, *Der Berliner Salon im 19. Jahrhundert (1780–1914)*, Berlin 1989 (Zitat: S. 25f.). *Rahel Varnhagen, geb. Levin* (1771–1833), war mit dem bekannten liberalen Diplomaten und Schriftsteller Varnhagen v. Ense verheiratet und führte von 1794–1806 sowie von 1819 bis zu ihrem Tode einen Salon. *Sarah Levy, geb. Itzig* (1761–1854), von 1800 bis 1854 und *Amalie Beer, geb. Wulff* (1767–1854), von etwa 1820 bis 1845. Die Schriftstellerin und (1848) enthusiastische Demokratin *Fanny Lewald* (1811–1889) unterhielt seit den fünfziger Jahren einen eigenen Salon.
- 17 Nach: Verzeichnis der vom 15. bis 20. Mai 1848 wieder und neu gewählten Stadtverordneten, in: LAB, Rep. 200, Acc. 2675 (NL Krausnick), Nr. 28, sowie Jersch-Wenzel, S. 54–61. *Daniel Alexander Benda* (1786–1876), Kaufmann und Mitbesitzer der Firma Gehr. Benda und von 1839 bis 1842 stellvert. Stadtverordneter, war während des Vormärz ein führender Vertreter der liberal-bürgerlichen Opposition Berlins; im Frühjahr 1848 wechselte er ins konservative Lager, um in der Folgezeit für diese politische Richtung publizistisch aktiv zu werden; vgl. S. 63. *Moritz Veit* (1808–1864), Buchhändler und Verleger, 1839–1848 Ältester der Jüdischen Gemeinde Berlins, vertrat vom Mai 1848 bis Mai 1849 die Berliner als Abgeordneter der Deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche. Der Verleger und Buchhändler *Julius Springer* (1817–1877) war 1848 im liberal-demokratischen Spektrum politisch aktiv, außerdem Mitbegründer und (bis 1874) Vorsitzender der Korporation der Berliner Buchhändler; 1867–1873 gehörte er dem Vorstand des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels an. *Carl Heymann* (1794–1862) war gleichfalls Buchhändler und Kommerzienrat. *Joel Wolff Meyer* (1794–1869), ebenfalls Kommerzienrat, leitete eine Seidenwarenfabrik und gehörte der KKB an. *Alexander Goldschmidt* (1810–?) war Mitbesitzer der Kattendruckeri R. Goldschmidt & Söhne. Der Bankier und Kaufmann *Moritz Meyer* (1811–1869), seit 1851 Stadtrat und Anfang der sechziger Jahre Städtältester, wurde nicht, wie Jersch-Wenzel schreibt, im Mai 1848 in die städtische Versammlung gewählt, sondern erst später, vermutlich 1849. Zu *B. S. Berends* vgl. Anm. 15.
- 18 Am 1. April 1845 zählte der große Handwerkerverein 1254 Mitglieder, ein Jahr später 1944 (nach: Erster und Zweiter Jahresbericht des Handwerkervereins für 1844/45 bzw. 1845/46, in: LAB, Außenstelle Breite Straße [ehem. Stadtarchiv Ost-Berlin; kurz: LAB StA], Rep. 16–02, Nr. 7465, Bl. 187 bzw. 211). Zu berücksichtigen ist, daß die Fluktuation unter den – häufig wandern den – Gesellen sehr groß war; die Gesamtheit der Mitglieder jeweils innerhalb eines »Berichtsjahres« (also einschließlich der zahlreichen An- und Abmeldungen der Gesellen) lag weit höher als an einzelnen Stichdaten, nämlich 1844/45 bei 3877, 1845/46 bei 9442, 1846/47 bei 15 799 und 1847/48 schließlich sogar bei 19 566 (nach: Spenersche Zeitung [SZ] vom 8. 7. 1848). Der (bildungs-)politische Einfluß des Handwerkervereins ist also kaum zu überschätzen. Die Mitgliederzahlen der drei anderen, stark protestantisch geprägten Gesellenvereine stagnierten dagegen jeweils zwischen knapp hundert und 250 Mitgliedern (Stichdaten). Nominell gehörten auch einige Meister dem Verein an; sie zogen sich jedoch bald aus dem aktiven Leben des Vereins zurück. Geprägt wurde der Hedemannsche Handwerkerverein von Gesellen, qualifizierten Arbeitern und Handlungsdienern sowie den wenigen Intellektuellen, die als – ehrenamtliche – Lehrer oder im Vorstand für den Verein tätig waren.
- 19 Benda (vgl. Anm. 17) war zu diesem Zeitpunkt allerdings gleichfalls bereits zum Protestantismus übergetreten; vgl. S. 66. *Eduard Abarbanell* (1818–1865) gehörte 1849/50 zu den führenden Mitgliedern der demokratisch-liberalen Volkspartei Berlins; er wurde 1863 zum Berliner Stadtverordneten gewählt. Möglicherweise war auch sein jüngerer Bruder *Adolf Abarbanell* (1825–nach 1880) im großen Handwerkerverein aktiv. *Adolf Abarbanell*, seit Anfang 1849 gleichfalls praktischer Arzt, war seit Mai 1849 als Vertrauensarzt im Gesundheitspflegeverein tätig, einer Art Krankenversicherung, die von der »Arbeiterverbrüderung« für die Berliner Arbeiter und Gesellen gegründet worden war.
- 20 Besonders folgender Vorfall brachte den Handwerkerverein bei der Obrigkeit in Mißkredit: Mehrere Mitglieder waren (so behauptete jedenfalls der zuständige Minister) für eine Adresse verantwortlich, in der harsche Kritik an der intoleranten, repressiven Kirchenpolitik Friedrich Wilhelms IV. gegenüber den Dissidentenbewegungen der protestantischen »Lichtfreunde« und der »Deutsch-Katholiken« geäußert wurde. Die unverblühten Worte in dieser Adresse, die am 18. August 1845 von mehreren hundert Berlinern aller »Stände« verabschiedet wurde, machten in der preußischen Hauptstadt (und darüber hinaus) Furore und erregten den König in hohem Maße.
- 21 So die zugeschnittene Formulierung im Ersten Jahresbericht eines der konkurrierenden Gesellenvereine, des »Vereins zur Beförderung christlicher Sitte und Geselligkeit unter den jungen Männern des Gesellenstandes«, S. 5, in: LAB StA, Rep. 16–02, Nr. 7465, Bl. 173. Im Kern war diese Feststellung zutreffend. Der Stadtsyndikus und Vorsitzende des Vereins Heinrich Hedemann formulierte – vor dem Hintergrund der vereinsrechtlichen Restriktionen des Vormärz – in einem an den Magistrat gerichteten Rechenschaftsbericht vom 27. 12. 1844 etwas moderater, »sein« Verein »verfolgt

- nicht christlich-confessionelle Bestrebungen, sondern christlich-humane Zwecke. [...] Ein Mitglied des Vereins braucht daher nicht nothwendig ein Christ zu sein, auch der Jude und [...] der Mohammedaner ist zuzulassen.« (Anlage, in: ebd., Bl. 155.)
- 22 Wörtlich forderten die Berliner Stadtverordneten vom Vereinigten Landtag, dieser solle dafür sorgen, daß »die Juden in allen Rechten den Christen gleich[ge]stellt [würden], unter der Bedingung, daß die Erfüllung aller Verpflichtungen, welche das Gesetz von den Christen verlangt, auch ihnen auferlegt werde.« Der Antrag wurde mit einer deutlichen Mehrheit von 61 gegen 14 Stimmen angenommen (Sitzungs-Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 7. 1. 1847, in: 1 AB StA, Rep. 00, Nr. 119).
- 23 Zu den Debatten des Ersten Vereinigten Landtags über die Judenemanzipation vom 14.–19. 6. 1847 vgl. Verhandlungen des Ersten Vereinigten Landtags, hg. v. Eduard Bleich, Berlin 1847, S. 1706–2131. Das Gesetz vom 23. 7. 1847 findet sich im Wortlaut in: Ismar Freund, Die Emanzipation der Juden unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes vom 11. März 1812, Bd. 2, Leipzig 1912, S. 500–520.
- 24 Und zwar waren dies der jüdische Gemeindediener (oder Buchdrucker bzw. Schriftsetzer?) Magnus Bernstein, die Handlungsdienere Alexander und Moritz Goldmann sowie Berthold Simon, schließlich der Privatgelehrte Levin Weiß. Hinzu kommt nach Angaben von Ruth Hoppe und Jürgen Kuczynski (Eine Berufs- bzw. auch Schichten- und Klassenanalyse der Märzgefallenen in Berlin, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 4 [1964], S. 250) vermutlich die Arbeiterfrau Helene Rosenfeld, geb. Eichelmann.
- 25 Zunz an S. M. Ehrenberg vom 7. 4. 1848, in: Zunz, S. 273.
- 26 Vgl. Jacob Toury, Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar, Tübingen 1966, S. 55. Neben den bereits Genannten (M. Bernstein, M. Goldmann, B. Simon, L. Weiß, H. Rosenfeld): der Privatsekretär Carl Wilhelm Blumenthal, der Kattundrucker Leopold Brünn, der Handlungsdienere Moritz Cohn, die Brüder und Tischlergesellen Samuel und Gotthilf Freund. Mit Einschränkungen von Toury als »jüdisch klingende Namen« bezeichnet: der Schneider Benjamin (kurz: Benno) Hinz; der Viktualienhändler Friedrich Hirschmann; der Handlungsdienere Franz Isaac Seiffert; der Schneidergeselle August Reichstein (oder: Reichstern). (Zwei weitere, von Toury genannte Märzgefallene, der Dr. phil. und Gutsbesitzer Gotthold Wilhelm Heine und der Knabe Carl Ludwig Kuhn, oder: Kühn, waren offenbar nicht jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft.) Zu den von Toury genannten, »sicheren« fünf bis neun müssen außerdem, neben Alexander Goldmann, möglicherweise noch der Tischlergeselle Gottfried Benjamin Kalinsky sowie der bereits am 15. März erschossene Malergehilfe August Eduard Goldmann gerechnet werden. Die Behauptung Karl Haenchens (Neue Briefe und Berichte aus den Berliner Märztagen, in: Forschungen zur Brandenburgisch-Preußischen Geschichte 49 [1937] [F-BPG], S. 260), auch Julius Löwenberg sei unter den Märzgefallenen gewesen, ist unzutreffend. Von den (vermutlich) sechzehn jüdischen Märzgefallenen waren sieben in Berlin, sechs in den preußischen Ostprovinzen, der Rest in den übrigen Regionen Preußens geboren. Auch hinsichtlich ihrer Berufsstruktur, ihres sozialen Status' und ihres Durchschnittsalters (31,4 Jahre) unterschieden sie sich nicht signifikant von den übrigen Märzgefallenen; vgl. hierzu ausführlich meine unveröffentlichte Arbeit: Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Kapitel 2.3. (im folgenden zit. als: Nachtmann).
- 27 Orient 1848, S. 114; Allgemeine Jüdische Zeitung 1848, S. 222, nach: Toury, Orientierungen, S. 55 (der diese Angaben zu Recht in Zweifel zieht). Auch Kober (S. 140) spricht von »about 20 Jews«, die unter den toten Barrikadenkämpfern gewesen seien, nennt jedoch gleichfalls keine Quelle mit genauen Angaben. Vgl. außerdem den Brief Moritz Steinschneiders an seine Verlobte vom 20. 3. 1848 (Anm. 2), S. 164 bzw. S. 343. Dort heißt es, daß eine »merkwürdig [groß] Anzahl Juden gefallen [sei] oder verwundet« wurde.
- 28 Karl Ludwig v. Prittwitz, Berlin 1848. Das Erinnerungswerk des Generalleutnants von Prittwitz und andere Quellen zur Berliner Märzrevolution, bearb. u. hg. v. Gerd Heinrich, Berlin 1985, S. 149, 241f. Verfaßt hat Prittwitz (1790–1871) diese Erinnerungen, die zu seinen Lebzeiten nicht veröffentlicht wurden, in den Jahren 1849 bis 1854.
- 29 Vgl. Generalleutnant v. Meyerinck, Die Thätigkeit der Truppen während der Berliner Märztage des Jahres 1848, 4. und 5. Beiheft zum Militär-Wochenblatt 1891, S. 136; Graf Eduard v. Waldersee, Aus den Berliner Märztagen. Aufzeichnungen, Berlin 1909, S. 20f.; sowie vor allem die Schrift: Die Berliner Märztage, vom militärischen Standpunkte aus geschildert, Berlin 1850, S. 25, 80, 103. Verfaßt hatte die in hoher Auflage vertriebene, namentlich nicht gezeichnete Schrift, die die offiziöse Sicht der preußischen Armeeführung auf die Märzrevolution darstellte, der Oberst Karl Gustav Schulz (im folgenden zit. als: Schulz), entstanden war sie auf Anregung des Generals v. Prittwitz.
- 30 Schulz, S. 72, vgl. auch S. 71; Meyerinck, S. 120, 129.
- 31 Zitiert nach: Gefangene Berliner auf dem Transport nach Spandau am Morgen des 19. März 1848. Protocollarische Aussagen und eigene Berichte von 91 Beteiligten, als Beitrag zur Geschichte des Berliner Märzkampfes gesammelt und herausgegeben von Albert Roerdanz, Berlin 1848, S. 47.
- 32 Nämlich Markus Benas, Hirsch Löwenthal, Siegmund Levin und Robert Ottensoser (vgl. Anm. 39), außerdem vielleicht: Hermann Rosenthal. Die Schrift von Roerdanz, der die Namen, Berufe etc. der Gefangenen entnommen sind, war einige

- Monate vor der Schrift von Schulz erschienen. Schulz hielt es also offenbar nicht für nötig, seine Behauptungen zu überprüfen. Eine andere, gleichfalls aus der Luft gegriffene Bemerkung von Schulz, der »Rest« der Gefangenen habe aus »ächten, für ihr Verhältniß reich mit Gelde versehenen Proletariern bestanden« (Schulz, S. 72), sollte wohl suggerieren, diese seien von Juden für den Barrikadenkampf mit Geld bestochen worden. Vgl. außerdem Meyerinck, S. 120.
- 33 Der Direktor der Berliner Taubstummenanstalt *Carl Wilhelm Saegert* (1809–1879), seit Sommer zugleich ein enger Vertrauter des Königs, beispielsweise beobachtete, daß nach der Märzrevolution bei zahlreichen Bürgern »die Juden sehr in Verdacht« gewesen seien, »viel zu dem Ganzen beigetragen zu haben, u[nd] es wurde schon öffentlich zur [sic!] Judenverfolgung gesprochen« (in: Geheimes Staatsarchiv [GStA] Berlin, Rep. 192, Nl. Saegert [Tagebuch A], Nr. 4, Bl. 9). Auch die Witwe des Gründers der Cauerschen Lehranstalt in Charlottenburg, Marianne Cauer, behauptete in einem Brief an ihren Sohn Eduard vom 20. 3. 1848, »die Hauptaufwiegler sind Juden, das ist allgemein bekannt« (nach: Haenchen, Neue Briefe, S. 281). Vgl. ferner etwa Äußerungen des konservativen Stadtrats Nobiling, nach: Karl Haenchen, Der Quellenwert der Nobiling'schen Aufzeichnungen über die Berliner Märzrevolution, in: *FBPG* 52 (1940), S. 339, sowie vereinzelte »Eingesandts« in der bürgerlichen Presse, z. B. in der Vossischen Zeitung (*VZ*) vom 4. 4. 1848.
- 34 Vgl. Michael Behnen, Probleme des Frühantisemitismus in Deutschland (1815–1848), in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 112 (1976), S. 269ff.
- 35 Brief an Bunsen vom 8. Dezember 1847, in: Leopold v. Ranke (Hg.), Aus dem Briefwechsel Friedrich Wilhelms IV. mit Bunsen, Leipzig 1873, S. 169, 172.
- 36 Vgl. Behnen, S. 274; ferner Jacobson, S. 27f.; Horst Denker, Flugblätter in »jüdischdeutschem« Dialekt aus dem revolutionären Berlin 1848/49, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte*, Tel Aviv, 6 (1977), S. 216f.
- 37 Kaiser Friedrich III., Tagebücher von 1848–1866. Mit einer Einleitung und Ergänzungen hg. v. Heinrich Otto Meisner, Leipzig 1929, S. 15.
- 38 Jacoby an Gabriel Riesser vom 29. 9. 1832 bzw. an Alexander Küntzel vom 12. 5. 1837, in: Edmund Silberner (Hg.), Johann Jacoby. Briefwechsel 1816–1849, Hannover 1978, S. 43 bzw. 56; vgl. auch Walter Grab, Der deutsch-jüdische Freiheitskämpfer Johann Jacoby, in: ders./Julius H. Schoeps (Hg.), Juden im Vormärz und in der Revolution von 1848, Stuttgart 1983, S. 354.
- 39 *Robert Remak* (1815–1865), seit 1847 Privatdozent für Medizin an der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität, engagierte sich außerdem auf Seiten der jungen Hochschullehrer für demokratische Reformen des preußischen Universitätswesens, ferner im Bezirks-Central-Verein; vgl. Anm. 52. *Moritz Löwinson* (1820–1887), praktischer Arzt und Besitzer einer Mineralbrunnen-Anstalt, wurde 1849 wegen politischer Einwirkung auf Landwehrmänner zu Militärarrest verurteilt; 1863 in die Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt, gehörte er dort zu den profiliertesten Linksliberalen. *Robert Oskar Feenburg* (1817–?) studierte seit 1844 Medizin in Berlin; er war von April bis Juni Adjutant des Kommandanten des Ersten Berliner Freikorps in Schleswig-Holstein. Als vermeintlicher Anstifter des Berliner Zeughaussturms vom 14. 6. 1848 wurde er im August des Revolutionsjahres zu einjähriger Festungshaft verurteilt und danach aus Preußen ausgewiesen. *Robert Ottensoser* (um 1822–?) war gleichfalls Mitglied des Berliner Freikorps für Schleswig-Holstein. Von Juni bis August 1848 war Ottensoser inhaftiert; 1849 nahm er am badischen Aufstand teil. Zu *G. Julius* und *L. K. Weyl* vgl. Anm. 12.
- 40 Zu A. Wolff, dem Verfasser der Berliner Revolutionschronik, vgl. Haenchen, Neue Briefe, S. 260; zu L. Heilberg: *Toury*, Orientierungen, S. 63. Zur »Berliner Zeitungshalle« vgl. Oliver Michalsky, Zur Geschichte der kleinbürgerlich-demokratischen Zeitung »Berliner Zeitungshalle« in Vormärz und Revolution, in: *Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus* 16 (1988), S. 273–278, 339–345.
- 41 *Heinrich Bernhard Oppenheim* (1819–1880) war seit 1842 Privatdozent für Staatswissenschaft und Völkerrecht an der Universität Heidelberg (nachdem seine Habilitation 1840 in Berlin abgelehnt worden war). Seit 1849 im Exil in der Schweiz, in Frankreich und England, kehrte er 1860 nach Deutschland zurück; von 1874 bis 1877 gehörte er – inzwischen zum Nationalliberalen geworden – dem Reichstag als Abgeordneter an. *Agathon Benary* (1807–1861), seit 1833 Lehrer am Köllnischen Gymnasium, seit 1839 habilitiert, war ebenso wie sein Bruder *Ferdinand Benary* (1805–1880), der sich bereits 1829 habilitiert hatte, im gleichen Jahr zum Christentum übergetreten war und seit 1830 als außerordentlicher Professor für Theologie an der Berliner Universität lehrte, außerdem führend in der Reformbewegung der jungen Hochschullehrer an der Friedrich-Wilhelm-Universität tätig. *Heinrich Benary* (1814–?) als der dritte der Brüder war Instrumentenmacher und besaß ein Instrumenten-Leih-Magazin. *Karl Gustav Jakob Jacobi* (1804–1851), seit 1830 außerordentlicher Professor und seit 1837 ordentlicher Professor für Mathematik an der Universität Königsberg, lebte seit 1844 in Berlin. Bei der Gründung des »Vereins für Volksrechte« am 25. 5. 1848 zunächst zum Sprecher gewählt, trat er am 19. 6. 1848 dann wegen politischer Differenzen aus dem Verein aus. Zu L. Zunz vgl. Anm. 1.
- 42 Auf Born geht die Gründung des Berliner »Central-Comités der Arbeiter, der ersten echten, die einzelnen Berufsverbände zusammenfassenden Arbeiterorganisation im deutschen Raum, deren Gründung auf den 11. 4. 1848 datiert, und Ende August 1848 dann die Gründung der »Arbeiterverbrüderung« zurück. Zu Born (1824–1898), der 1847 in

- den »Bund der Gerechten« bzw. »der Kommunisten« eintrat, vgl. vor allem: Franziska Rogger, »Wir helfen uns selbst!«, Die kollektive Selbsthilfe der Arbeiterverbrüderung 1848/49 und die individuelle Selbsthilfe Stefan Borns – Borns, Leben, Entwicklung und seine Rezeption der zeitgenössischen Lehren, Erlangen 1986; ferner: Wilhelm Friedensbutz, Stefan Born und die Organisationsbestrebungen der Berliner Arbeiterschaft bis zum Berliner Arbeiterkongress (1840–Sept. 1848), Leipzig 1923 (Neudruck Glashütten/Taunus 1973).
- 43 Vgl. ausführlich: Dencker, S. 229ff. Adalbert Cohnfeld (1809–1868) war eigentlich Arzt; während des Revolutionsjahres wurden gegen ihn mehrere »Preßprozesse« geführt. 1848 war er politisch außerdem im Bürgerwehrklub aktiv; vgl. S. 62. Zu D. Kalisch und L. K. Weyl vgl. Anm. 12.
- 44 So charakterisierte die KrZ vom 8. 8. 1848 demokratische Pläne zur Demokratisierung der preußischen Armee.
- 45 KrZ vom 12. 10. 1848 (zu Julius) und vom 14. 10. 1848 (zu Jacoby); vgl. außerdem KrZ vom 2. 11. 1848.
- 46 *Sigismund Stern* (1812–1867), Leiter der Jost'schen »Höheren Schul- und Pensionsanstalt für Knaben« und 1845 Mitbegründer der jüdischen Reformgemeinde in Berlin, seit 1855 dann Leiter des Philanthropins in Frankfurt am Main und innerhalb des Konstitutionellen Klubs dem linken Flügel zuzurechnen, war außerdem im Bezirks-Central-Verein aktiv; vgl. Anm. 50. Zu M. Veit vgl. Anm. 17.
- 47 *Bernhard Behr* (1810–?), ursprünglich Chirurg, gehörte im Revolutionsjahr außerdem dem provisorischen Komitee des Berliner »Lokalvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen« an. Zu *Adolph Löwenstein* (um 1815–?) vgl. auch Anm. 50. Bis Ende April muß ferner auch *K. G. J. Jakobi* (Anm. 41) den »Liberalen« zugeordnet werden; er war bis zu diesem Zeitpunkt Exponent des linken Flügels des Konstitutionellen Klubs, der sich dann als »Verein für Volksrechte« abspaltete und seitdem dem gemäßigt-demokratischen Lager zugerechnet werden muß. Der liberalen Strömung waren ferner eine Reihe von Journalisten hinzuzurechnen; vgl. Toury, Orientierungen, bes. S. 58.
- 48 Sichtbar wurde der Bedeutungsverlust des Konstitutionellen Klubs, als sich am 4. Mai mit dem »Patriotischen Verein« die rechte Fraktion des Konstitutionellen Klubs und Ende Mai mit dem »Verein für Volksrechte« der linke Flügel auch organisatorisch separierten. So wie sich der »Verein für Volksrechte« schon bald dem demokratischen Lager zurechnete, entwickelte sich der Patriotische Verein zu einer dezidiert konservativen Organisation. Aus Tab. 2 und 4 ist der Bedeutungsverlust des Konstitutionellen Klubs, der im Spätsommer und Frühherbst 1848 mehrfach zu Gerüchten führte, der Verein stünde unmittelbar vor seiner Auflösung, (indirekt) abzulesen: Die große Streubreite liberaler Orientierungen ist Ausdruck eines besonders häufigen politischen Positionswechsels jüdischer Liberaler im Laufe des Revolutionsjahres. (Dieselben politischen Verhaltensmuster galten auch für nichtjüdische Liberale.)
- 49 *Mosé Simion* (1814–1854), ebenso wie *Julius Springer* selbständiger Buchhändler und Verleger, war außerdem u. a. ein führendes Mitglied der »Gesellschaft zur Reform des Judentums«; zu J. Springer vgl. Anm. 17; zu *A. Cohnfeld* Anm. 43. Vom »Bürgerwehrklub«, der dem linksliberalen bzw. gemäßigt-demokratischen Spektrum zuzuordnen ist, zu unterscheiden ist der zahlenmäßig gleichfalls starke »Demokratische Bürgerwehr-Verein«, der erst im Herbst 1848 ins Leben trat und die radikal-demokratische Strömung innerhalb der Bürgerwehr zu organisieren suchte. Zum engeren Kreis der Führung der Berliner Bürgerwehr wiederum gehörten – neben den Genannten – weitere Juden: *Daniel Alexander Benda* (Anm. 17) beispielsweise war Major in der am 19. März gegründeten Bürgerwehr, der mit ihm verwandte *Sigismund Alexander Benda* (1794–1864) gleichfalls (bis Oktober 1848); auch *Heinrich Benary* (Anm. 41) fungierte in der Bürgermiliz als Offizier.
- 50 Der Schriftsteller *Rudolf Löwenstein* (1819–1891; vor 1848 zum Christentum übergetreten) gehörte 1848 u. a. zu den Mitarbeitern des »Kladderadatsch«. Neben *Sigismund Stern* (Anm. 46) gehörte auch *Adolph Löwenstein* (Anm. 47) zu den führenden Mitgliedern des Konstitutionellen Klubs. *Robert Remak* war u. a. führendes Mitglied des radikalen Politischen/Demokratischen Klub Berlins; vgl. Anm. 39. Zu *L. K. Weyl* vgl. Anm. 12, zu *L. Zunz* Anm. 1.
- 51 Zu *D. A. Benda*, *W. Beer*, *M. Magnus*, *J. Mendelssohn* und *M. Veit* vgl. Anm. 15 und *Y. Eduard Goldschmidt*, sozial engagierter Besitzer einer größeren Kattunfabrik in Berlin, gehörte 1844 – gleichfalls – zu den Mitbegründern und 1848 zum Vorstand des »Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen«. Der jüdische Kaufmann *Salomon Levy* (1848/49 Mitglied im Vorstand des großen Handwerkervereins, 1849/59 »Bevollmächtigter« und stellv. Vorsitzender des Berliner Bezirks der »Arbeiterverbrüderung« und 1850–1854 Geschäftsführer des Gesundheitspflegevereins der Berliner »Arbeiterverbrüderung«) war neben dem mit Born befreundeten *Ludwig Bisky* der wichtigste Verbindungsmann zwischen der Berliner »Arbeiterverbrüderung« und dem »Lokalverein«. Im Oktober 1854 wurde Levy als einer der Hauptangeklagten der sog. Ladendorfschen Verschwörung zu vier Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Polizeiaufsicht verurteilt. Zum »Lokal-« und »Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen« vgl. Jürgen Reulecke, Sozialer Friede durch soziale Reform. Der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in der Frühindustrialisierung, Wuppertal 1983.
- 52 *Julius Löwenberg* (um 1823–?) gehörte zum Kreis der »Freien« und war am 18. März einer der Repräsentanten der radikalen Berliner Studenten; nach 1848 wurde er für die Vossische Zeitung tätig. Zu J. Springer vgl. Anm. 17.
- 53 Vor dem Hintergrund der Verelendung breiter Teile des Mittelstandes hatten jüdische Selbsthilfeaktivitäten bereits während des Vormärz einen sichtbaren Aufschwung erfahren: 1846 wurde eine Darlehens-Kasse gegründet, die an

- kleinere jüdische Selbständige, anfangs überwiegend Handwerker, zinslose Kredite vergab; 1847/48 lag die von diesem Verein insgesamt 259 Selbständigen, darunter 149 Handwerksmeistern, ausgeschüttete Darlehenssumme bei 22 500 Mark; vgl. Toury, Geschichte, S. 116.
- 54 Namentlich *Berta Magnus*, *Henriette Mendelssohn* (1776–1862) und *Marianne Mendelssohn* (1799–1888) sowie die »Geh. Rätthin« Beer (gemeint war offenbar die Frau des Geh. Kommerzienrats Wilhelm Beer, *Doris Beer* [1800–1859]). Zu den »Vertrauensmännern« des »Frauen-Vereins zur Abhülfe der Noth unter den kleinen Fabrikanten und Gewerbetreibenden«, denen die Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben oblag, gehörte u. a. *Alexander Mendelssohn* (Anm. 15).
- 55 Die wichtigsten Einwände: Nicht ganz klar an der Erhebung Tourys ist, welche Personen einbezogen wurden. Offensichtlich handelt es sich zumindest bei den »aktiven Politikern« um eine eher zufällige Auswahl. Vor allem jedoch besteht darin, daß die politischen Grundströmungen häufig nur schwer zu trennen sind. Besonders gilt dies für den Vormärz. Erschwert wird die politische Zuordnung ferner dadurch, daß die Ansichten vieler »aktiver Politiker« nur fragmentarisch überliefert sind. Nicht wenige änderten überdies während des Revolutionsjahres ihre politische Grundhaltung. Namentlich vormalige Liberale radikalisierten sich; manche stärkten das rechte Lager, die meisten jedoch wanderten zu den gemäßigten Demokraten ab. Aus diesen Gründen habe ich für die Tab. 2 bis 4 auf genaue Prozentwerte verzichtet und nur die ungefähre Bandbreite der drei politischen Hauptströmungen angegeben.
- 56 Vgl. zum folgenden: Toury, Orientierungen, bes. S. 89, 92, 103f. Zu »Loyalismus« in diesem Sinne gehörte auch, daß man differierende oder gar obrigkeitkritische Positionen nicht öffentlich artikulierte und daß man sich, wie Zunz in einem Brief an S. M. Ehrenberg vom März 1849 klagte, »scheue[te], offen für einen Juden aufzutreten«, vor allem wenn dieser als Demokrat bekannt war (nach: Zunz, S. 298).
- 57 Vgl. Toury, Orientierungen, S. 57. *Julius Wolff Meyer* war ein jüngerer Bruder *Joel W. Meyers* (Anm. 17), Manufakturbesitzer und gleichfalls Kommerzienrat.
- 58 Parallel dazu erlebten die in neugegründeten »Parteien« organisierten Konservativen einen Aufschwung. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß zwischen gemäßigtem Konservativismus und rechtem Liberalismus, wie er etwa durch L. Camphausen und Hansemann repräsentiert wurde, seit Spätsommer 1848 nur noch schwer zu unterscheiden war. Die geringen politischen Differenzen führten dann auch nicht zufällig dazu, daß beide politische Strömungen mit Blick auf die preußischen Wahlen vom Januar 1849 ein Bündnis eingingen.
- 59 Die jüdischen Liberalen waren im Durchschnitt 33,1 Jahre alt (alles: »aktive Politiker«). Zugrunde liegen den Zahlen die Altersangaben von 51 jüdischen Demokraten, 17 Liberalen und 10 Konservativen/Loyalisten. Sofern politische Umorientierungen festzustellen waren (insbesondere Liberale »wanderten« zu den Konservativen und – vor allem – zu den Demokraten ab), wurden die Altersangaben jeweils *beiden* politischen Strömungen subsumiert. (Für zehn »politisch aktive« Juden fehlen genaue Altersangaben.) Für das Durchschnittsalter gilt ebenso wie für die Angaben in Tab. 2 bis 4, daß nicht danach unterschieden wird, ob die betreffenden Personen weiterhin der jüdischen Gemeinde angehörten oder getauft waren. Dies läßt sich neben dem in Anm. 8 Gesagten auch damit rechtfertigen, daß von den insgesamt 66 der von mir erfaßten Personen lediglich 8 (nachweislich) vor 1848 zum Protestantismus übergetreten waren.
- 60 Vgl. Nachtrann, Kapitel 3.4 und Kapitel 7.4. Die nicht-jüdischen Demokraten waren in Berlin durchschnittlich sogar noch etwas jünger als die jüdischen Demokraten, da – im Unterschied zu Wien – an der Berliner Universität nur wenige Juden eingeschrieben waren und Studenten, sofern sie sich »parteipolitisch« (und nicht nur in schlagenden Verbindungen oder konservativ-protestantischen Vereinigungen wie dem in Berlin sehr starken »Wingolf«) engagierten, überwiegend den Demokraten zuneigten.
- 61 Vgl. Toury, Orientierungen, S. 59. Ganz genau läßt sich die Zahl der jüdischen Wahlmänner nicht feststellen, da in den Namenslisten die Konfessionszugehörigkeit nicht gesondert vermerkt wurde. Nach meinem Eindruck ist die Schätzung von Toury jedoch zutreffend, jedenfalls wenn man die Doppelfunktionen berücksichtigt: Einzelne wie D. A. Benda und S. Stern fungierten als Wahlmänner sowohl für die Preußische als auch für die Deutsche Nationalversammlung. Mit etwa 4,5% sämtlicher Wahlmänner waren Juden im Vergleich zu ihrem Anteil an der Berliner Gesamtbevölkerung unter den Wahlmännern deutlich überrepräsentiert.
- 62 Vgl. exemplarisch Arno Herzig, Abraham Jacobi. Die Entwicklung zum sozialistischen und revolutionären Demokraten. Briefe, Dokumente, Presseartikel, Minden 1980, S. 24.
- 63 Vgl. neben dem bisher Gesagten auch das Engagement vieler Juden für die »deutsche Sache« in Schleswig-Holstein. Einige zogen als Berliner Freischärler in den Krieg gegen Dänemark: Der 20jährige, in Rußland gebürtige Berliner Medizinstudent Robert Oskar Feenburg (Anm. 39) war Adjutant des Kommandeurs des insgesamt 151 Mitglieder zählenden Freikorps; zu den führenden Mitgliedern dieses Freikorps gehörte auch Robert Ottensoser (Anm. 39).
- 64 Denkschrift Bendas vom 25. 7. 1848, im Wortlaut in: Karl Obermann (Hg.), Einheit und Freiheit. 1815–1849 in zeitgenössischen Dokumenten, Berlin 1950, S. 496f. In der Stadtverordnetenversammlung vom 28. 7. 1848 gelangte die Denkschrift Bendas nicht zur Abstimmung; vgl. LAß StA, Rep. 00, Nr. 128. Benda veröffentlichte im Revolutionsjahr

- zahlreiche weitere, ähnlich lautende Erklärungen. Seine konservative Grundposition behielt Benda im übrigen auch später bei: Bereits 1863, als die Mehrheit auch der national gesinnten Liberalen zum neuen Ministerpräsidenten noch auf Distanz hielt, unterstützte er die Außenpolitik Bismarcks und rechtfertigte dessen stillschweigende Unterstützung Rußlands bei der Unterdrückung der Polen, die er, in Anspielung auf den französischen »Erbfeind«, als »Gallier des Ostens« bezeichnete; vgl. Toury, Orientierungen, S. 120 f.
- 65 Zit. nach: VZ, 21. 5. 1848.
- 66 Am 5. April kam es in Berlin zu Tumulten vor einigen Läden jüdischer Kleiderhändler; vgl. die Schilderung der Ereignisse bei Adolf Wolff, Berliner Revolutionschronik (RC). Darstellung der Berliner Bewegungen im Jahre 1848 nach politischen, sozialen und literarischen Beziehungen, Bd. 2, Berlin 1852 (Neudruck Leipzig 1979), S. 115 f.; ferner Manfred Gailus, Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens 1847–1849, Göttingen 1990, S. 132 f.; Stefan Rohrbacher, Gewalt im Biedermeier. Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815–1848/49), Frankfurt/Main 1993, S. 215 f. Obgleich in einzelnen Presseberichten von »Gesellen« die Rede ist, gingen die »Aufläufe«, die sich in verbalen Attacken erschöpften, von verarmten Kleinmeistern (die aufgrund ihrer ökonomischen Abhängigkeit von sog. Verlegern freilich kaum von Heimarbeitern zu unterscheiden waren) aus. Zu schließen ist dies daraus, daß die Berliner Schneidergesellen die Meister für die Tumulte verantwortlich machten und sich diesbezüglich von ihnen distanzieren; vgl. eine von den Berliner Schneidergesellen am 7. April verfaßte und an die Stadtverordnetenversammlung adressierte Petition, in: LAB SIA, Rep. 16, Nr. 67, Bd. 2, Bl. 93 u. Rs., sowie Deutsche Arbeiter-Zeitung (DArZ) vom 12. 4. 1848. Daß die Mehrheit der selbständigen Berliner Schneider aggressiv antijüdisch gestimmt war, läßt sich darüber hinaus dem detaillierten Bericht eines Schneidermeisters (E. Streu jun.) über eine Versammlung des Gewerks, gleichfalls in der DArZ vom 12. 4. 1848, entnehmen.
- 67 Die KrZ, die antijüdischen Untertönen stärker Raum geben sollte, wurde erst Anfang Juli gegründet.
- 68 »Publicist«, 8. 4. 1848.
- 69 Zunz an S. M. Ehrenberg v. 7. 4. 1848, in: Zunz, S. 273.
- 70 Ludwig Geiger, Geschichte der Juden in Berlin, Berlin 1871 (Neudruck Leipzig 1988), S. 186.
- 71 SZ vom 22. 3. 1848. Ein fünfter wurde in der Universität, und keiner in der Synagoge, aufgebahrt.
- 72 »Eingesandt« des Buchdruckers Karger: »Die kleine Judenverfolgung«, in: DArZ, 8. 4. 1848. In einem anderen Artikel der gleichen Nummer wird auf ein »eigenes Unglück« der Juden, einen für das Wirken des Antisemitismus fundamentalen Mechanismus, aufmerksam gemacht: »Das Unglück besteht nämlich darin, daß das Wort »Jude« immer noch zu sehr als Sammelbegriff genommen wird. Ist nämlich ein Jude feige, so heißt es gleich: alle Juden sind feige« usw. Anlaß für beide Artikel waren die oben angesprochenen jüdenfeindlichen Tumulte verarmter Schneidermeister kurz zuvor. In späteren Ausgaben dieser oder anderer Arbeiter-Zeitungen finden sich ähnliche Erklärungen nicht mehr – sie schienen offenbar nicht nötig.
- 73 Nach: Club-Blatt Nr. 4 bzw. Wolff, Bd. 2, S. 58.
- 74 Zu den wenigen antijüdischen, ausnahmslos »minder schweren Vorfällen« in Preußen 1848 vgl. Rohrbacher, S. 215–220; zu den Pogromen in Posen den Überblick ebd., S. 220.
- 75 VZ, 23. 8. 1848.
- 76 Der einschränkende Satz: »Insofern nicht die Natur eines solchen Lehramtes das christliche Glaubensbekenntnis notwendig voraussetzt«, bezog sich offenbar auf die Theologie.
- 77 Vgl. SZ, 17. 4. 1848.
- 78 Zitiert nach: Rosemarie Köhler/Ulrich Kratz-Whan, Der jüdische Friedhof Schönhauser Allee, Berlin 1992, S. 75.
- 79 EKZ, 22. 11. 1848, Sp. 927 f. Selbst die Mitte 1848 gegründete Kreuzzeitung, der Hengstenberg (1802–1868) im übrigen eng verbunden war, wagte solche massiven Polemiken nicht. Gepaart waren pauschale Angriffe wie der zitierte mit Ausfällen gegen einzelne, hervorragende jüdische Demokraten wie z. B. J. Jacoby. Ausführlich hierzu (inkl. zahlreicher, weiterer Zitate und Belege) sowie zum folgenden: Hachtmann, Kapitel 6.2.
- 80 EKZ, 19. 1. 1848, Sp. 49 ff.
- 81 Vgl. Bernd Satlow, Die Revolution von 1848. Die Kirche und die soziale Frage, in: Günther Wirth (Hg.), Beiträge zur Berliner Kirchengeschichte, Berlin 1987, S. 186.
- 82 Toury, Eintritt, S. 374.
- 83 Antrag und Gutachten nach: Max Lenz, Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Bd. 2.2: Auf dem Wege zur deutschen Einheit im Neuen Reich, Halle 1910, S. 303 f. Mit den gleichen Argumenten wurden von der philosophischen Fakultät im September 1850 sowie 1853 erneute Anträge auf die Einrichtung eines Lehrstuhl für jüdische Wissenschaft abgelehnt.
- 84 Artikel 12 und 14. Die für die Stellung der Juden wichtigsten Passagen der Verordnung vom 6. 4. 1848 sowie der Verfassungen vom 5. 12. 1848 und 31. 1. 1850 sind abgedruckt bei Freund, S. 520 ff.